



Stadtarchiv Sehnde

Die Zeitreise

Ausgabe 9

März 2015



Sehnde

1974 - 2014

40 Jahre nach der Verwaltungs- und Gebietsreform

Vorwort

1974 ist die heutige Stadt Sehnde aus 15 selbständigen Gemeinden entstanden. Für zahlreiche Orte existiert eine Chronik, die die Entwicklung des Dorfes dokumentiert. Für die neu gebildete Gebietskörperschaft Stadt Sehnde fehlt ein Dokument, das die Entwicklung beschreibt - bisher. Mit der neuen Ausgabe der Zeitreise widmet sich das Autorenteam dieser Herkulesaufgabe, einen Überblick über die Entwicklung in 40 Jahren hier in Sehnde. Denn diese Veränderungen waren und sind vielschichtig. Die Betrachtung ist auf zahlreiche Bereiche gerichtet - direkt in der kommunalen Zuständigkeit, aber auch im Ehrenamt, den Vereinen und Einrichtungen im Zusammenwirken mit der Stadt.

Ein Rückblick auf 40 Jahre Sehnde ist trotz des breiten Themenfeldes, das diese Broschüre behandelt, nur ein Teil des Geschehens. Die Entwicklung geht weiter - auf allen Themengebieten, die hier beschrieben sind, aber auch neue Herausforderungen beschäftigen uns in der Gegenwart: Die Breitbandversorgung mit schnellem Internet ist für eine prosperierende Stadt wie Sehnde eine Grundvoraussetzung, die wir verbessern wollen. Die Energiewende ist in aller Munde, auch in Sehnde: Repowering von Windkraftanlagen, das Windenergiefeld in Dolgen und Evern oder womöglich neue Wind-

kraftstandorte wollen bearbeitet werden. Mit der „Stromautobahn“ SuedLink wird unser Stadtbild durch 70 m hohe Masten verändert - oder auch nicht ? Die große Weltpolitik beschert uns neue Herausforderung: Ständig steigende Ströme von Flüchtlingen müssen wir menschenwürdig unterbringen und betreuen. Wie immer in unserer Stadt werden wir auch dort hervorragend ehrenamtlich unterstützt. Wir nehmen dieses als Herausforderung an, nicht als Belastung. Denn eines haben wir in den 40 Jahren Sehnde erfahren: Es geht immer weiter, und alle Beteiligten, gleich ob ehren- oder hauptamtlich, unterstützen dieses mit großem Engagement.

Dem Autorenteam sei an dieser Stelle für die Recherche und intensive Arbeit gedankt. Trägt doch auch diese Ausgabe dazu bei, den jüngsten Teil unserer Stadtgeschichte in einer kurzweiligen Form kennenzulernen.

Carl Jürgen Lehrke, Bürgermeister

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Vorwort	2
Einleitung	6
I. Sehnde am Tag der Verwaltungs- und Gebietsreform	
a. Vorgaben für die künftige Entwicklung durch überregionale Planung	8
b. Vorgaben durch den Gebietsänderungsvertrag	10
c. Zustand der neuen Gemeinde 1974	12
d. Interregnum bis zur ersten Kommunalwahl	14
II. Entwicklung Sehndes seit dem 01.03.1974	
a. Vorgaben durch den Flächennutzungsplan	16
b. Einzelentwicklungen	
Baugebietsbereiche	19
Baugebiet 'Am Park' in Ilten	20
Zuckerfabrik	24
Baugebiet 'Am Mittellandkanal' in Rethmar	31
Sozialer Wohnungsbau	33
Privater Bereich	
Einwohnerentwicklung	34
<i>Sehnde, ganz nah draußen</i>	35
Entwicklung der Einwohnerzahlen	38
Öffentlicher Bereich	
Kindertagesstätten	42
Hallenbad Höver	45
Waldbad - Badesee - Bürgerbefragung	47
Golfplatz	50
Neujahrsempfänge	54
Städtische Gesellschaften	
Baugesellschaften	57
Gesellschaften zur Ver- und Entsorgung	61

Schulentwicklungsplanung und Umsetzung	
Rahmenrichtlinien für die regionale Schulplanung	63
Begründung des Zielplanes für Sehnde	65
Umsetzung der Zielpläne	66
Schulsituation heute	72
Schülerzahlen im Überblick	73
Feuerwehr	74
Umwelt- und Naturschutz	79
Vereine: Sportring + Sportlerehrungen	88 - 91
Volkshochschule Sehnde	92
Gründung des Zweckverbandes VHS Ostkreis Hannover	93
Musikschule Ostkreis Hannover	96
Bergfest	99
Sehnde - Aktjubinsk	101
Politische Unterstützung nach dem 9. November 1989	102
ILEK - Integriertes ländliches Entwicklungskonzept	103
Verkehrsinfrastruktur	105
c. Gewerbliche / Industrielle Entwicklung Sehndes	111
Daten zur JVA Sehnde	117
Die Kaliindustrie in Sehnde	118
Der Untergang der Sehnder Bank	120
d. Sehnde wird Stadt am 18.10.1997	122
Veränderungen - Übernahme weiterer Aufgaben	125
Stellenplan der Verwaltung	127
Projektgruppe Stolperstein	128
III. Bewertung der Gebietsreform	
a. Zeitzeugen	130 -138
b. Ex-Bürgermeister	139
IV. Bürgermeister und Gemeindedirektoren- und	
Stadtdirektor seit 1974	139 -140
V. Herausgeber	141
VI. Ausblick	142

Einleitung

2014 jährte es sich zum 40. Mal, dass aus einem Gemenge von 15 selbständigen Ortschaften eine eigenständige Gemeinde mit dem Namen „Sehnde“ geformt wurde. Wir wollen nun unter dem Titel „40 Jahre Stadt Sehnde“, so der Titel dieser Ausgabe der Zeitreise, den Werdegang dieses Konglomerats seit dem 01.03.1974 beleuchten.

40 Jahre sind ein etwas ungewöhnlicher Zeitraum für eine Rückbesinnung, denn der professionelle Historiker und auch der Amateur auf diesem Gebiet wenden sich in der Regel Zeitabständen zu, die in 25-Jahresschritten vorangehen. Wir aber sind der Meinung, dass auch ein anderer Betrachtungsabstand durchaus möglich und in unserem Fall sogar nötig sein kann. Denn noch leben Zeitzeugen, die die Auseinandersetzungen im Vorfeld der Gebiets- und Verwaltungsreform von 1974 hautnah erlebt und auch die ersten Jahre der Gemeinde in verantwortlicher Position mitgestaltet haben. Ihre Erfahrungen mit der sicherlich außerordentlichen Umgestaltung der Gemeindelandschaft erscheinen uns vor allem für die von dieser Thematik weniger berührten jüngeren Einwohner erhaltenswert.

Die Bildung einer Gemeinde aus 15 ehemals Orten, dazu auch noch aus drei übergeordneten Gebietskörperschaften, den

Landkreisen Burgdorf, Hildesheim-Marienburg und Hannover (alt), lief mit Sicherheit zu Beginn kaum wie geschmiert, die Bedenken gegen einen Zusammenschluss mit dem Namen Sehnde waren groß und überschatteten den Anfang dieses durch Gesetz entstandenen Gebildes. Die Anfangsschwierigkeiten wurden überwunden, und wir können heute nach 40 Jahren eigentlich mit Stolz auf die Gemeinde Sehnde, die seit 1997 den Titel Stadt trägt, blicken, auch wenn nicht alles in der Vergangenheit gelang und so manches mit Hoffnungen und Wünschen beladene Vorhaben scheiterte. Vor allem in den Siebzigern und Achtzigern des vorigen Jahrhunderts sorgten Rückschläge bei der örtlichen Industrie und das Verschwinden ganzer mittelständischer Unternehmen für eine eher düstere Stimmung.

Heute beweisen aber alle von der Statistik erhobene Zahlen im Vergleich mit anderen Orten in der Region Hannover eine durchaus gesunde Entwicklung. Der Erfolg der Stadt Sehnde ist nicht allein das Verdienst von Politik und Verwaltung. Tiefgreifende Veränderungen im politischen Umfeld Deutschlands, dazu verantwortungsvolle Unternehmer und nicht zuletzt die Einwohner trugen einen erheblichen Teil zu dem positiven Bild bei.

I. Sehnde am Tag der Verwaltungs- und Gebietsreform

a) Vorgaben für die künftige Entwicklung durch überregionale Planungen

Mit dem „Gesetz über die kommunale Neugliederung im Raum Hannover“ wurden die bisherigen kommunalen Einheiten Landkreise, Städte und Gemeinden sowie der Großraum Hannover neu geordnet. Unter anderem entstand aus bisher 15 Gemeinden die neue Gemeinde Sehnde

(siehe *Die Zeitreise 4*). Wichtigstes Ziel der Reform war der Aufbau einer leistungsfähigen Selbstverwaltung, die in der Lage ist, in umfassender Weise und eigenverantwortlich die örtlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu schaffen und zu unterhalten und alle ortsnah zu erledigenden Verwaltungsgeschäfte wahrzunehmen. Diese Ziele waren mit ehrenamtlicher Verwaltung nicht zu erreichen.

Die künftige Entwicklung wurde durch gesetzliche Vorschriften, z.B. im Bereich des Schulwesens und durch überregionale Raumordnungsprogramme des Landes und des Großraumes, wesentlich mitbestimmt.

Die dort erarbeiteten und verabschiedeten Ziele waren grundsätzliche Planungsgrundlagen für die Gemeinde, vor allem für den von ihr aufzustellenden Flächennutzungsplan und die daraus zu entwickelnden Bebauungspläne. Das regionale Raumordnungsprogramm ging auch auf die wirtschaftliche

Entwicklung im Zeitraum von 1960 bis 1971 ein, die ein wenig positives Bild Sehndes zeigte und für die Zukunft nichts Gutes erwarten ließ. In der genannten Zeitspanne ging die Anzahl an Beschäftigten teilweise dramatisch zurück, z.B. in der Landwirtschaft um 45 %, im produzierenden Bereich um 35 %. Die Strukturschwäche der Gemeinde war auf die seit längerer Zeit festzustellenden Schrumpftendenzen gerade der großen gewerblichen Betriebe zurückzuführen. Handlungsbedarf war auf jeden Fall vorhanden

Die Wirtschaftsentwicklung hatte sich im Rahmen der Eigenentwicklung zu vollziehen. Lediglich der Ortsteil Sehnde sollte als Schwerpunkt für die vorrangige Entwicklung von Arbeitsstätten der gewerblichen Wirtschaft eine zusätzliche Funktion erfüllen. Es wurden über die bereits realisierten Gewerbe- / Industriegebiete hinaus nur Neuausweisungen unter Berücksichtigung von Erweiterungsmöglichkeiten ansässiger Unternehmen vorgesehen, allerdings war im Ortsteil Sehnde für die gezielte Ansiedlung von Gewerbebetrieben eine größere gewerbliche Baufläche geplant. Der Großraum, zu dessen Aufgaben auch die Wirtschaftsförderung zählte, hatte zu diesem Zweck südlich des Mittellandkanals bereits größere Flächen angekauft.

In den Planungsgrundlagen gab es außerdem schon sehr detaillierte Vorgaben für die Übernahme weiterer Aufgaben. Da-

nach ist der Ortsteil Sehnde Grundzentrum, er hat für den Nahbereich den Grundbedarf der Bevölkerung in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht zu decken.

Vorgegeben waren auch Werte für die Bevölkerungsentwicklung: Die Einwohnerrichtzahl sollte im Jahr 2000 etwa 21.000 betragen (Stand 31.12.1974 = 19.256), wobei bis 1985 mit einem geringen Einwohnerschwind gerechnet wurde. Die Planungen der Gemeinde sollten sich im Rahmen der Eigenentwicklung vollziehen. Zu den in den bestehenden Bebauungsplänen vorhandenen Bebauungsmöglichkeiten waren lediglich 400 zusätzliche Wohneinheiten vorgesehen, und zwar in Sehnde als „Raum für Wohnsiedlung“, in Ilten und Rethmar als „Ländliche Wohnsiedlung“, die eine begrenzte Ortserweiterung zulässt, sowie in den übrigen Ortsteilen innerhalb der „zusammenhängenden örtlichen Bereiche“.

b) Vorgaben durch den Gebietsänderungsvertrag

Die einzige nennenswerte Mitwirkung der 15 Vorgängergemeinden bestand im Abschluss des Gebietsänderungsvertrages aus Anlass der Neubildung der Gemeinde Sehnde, der am 18. Dezember 1973 bzw. am 04. Februar 1974 von allen beteiligten Gemeinden unterzeichnet wurde. Mit ihm wurden eine Reihe von Festlegungen getroffen, die für die neue Gemeinde verbindlich sein sollten. Neben der Bildung und der

Beschreibung der Aufgaben der Ortsräte waren das u.a. die Einrichtung von Verwaltungsstellen in allen Ortsteilen - über deren Bestand jedoch der Rat entscheiden sollte -, die Aufrechterhaltung der freiwilligen Feuerwehren als Ortsfeuerwehren und die Förderung von Ortsteilen.

In einer Protokollerklärung zum Abschluss des Gebietsänderungsvertrages haben die Vertragsschließenden ihre Wünsche an die neue Gemeinde zusammengetragen und vereinbart, dass im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten in den einzelnen Ortsteilen folgende Einrichtungen geschaffen werden sollen:

- Bilm: Bau eines Gemeinschaftshauses
- Evern: Bau eines Gemeinschaftshauses mit Schießsportanlage
- Haimar: Bau eines Sportheimes auf dem Sportplatz, Erstellung eines Freibades für die Gemeinden Sehnde-Ost
- Höver: Instandsetzung des Sportplatzes
- Ilten: Anbau eines Gymnastikraumes an die vorhandene Turnhalle, Ausbau des vorhandenen Kleinkaliberschießstandes, Bau eines Radweges zwischen Köthenwald und Sehnde sowie zwischen Ilten und Lehrte
- Müllingen: Erstellung eines Sportplatzes, Bau einer Zufahrt

zu den Grundstücken „Rote Reihe“

Rethmar: Bau einer Turnhalle

Sehnde: Ausbau des Waldbades

Wassel: Bau eines Radweges zwischen Wassel und
Sehnde

Wehmingen: Erweiterung der Sportplatzanlage

Wirringen: Bau einer Friedhofskapelle

c) Zustand der neuen Gemeinde 1974

Die Voraussetzungen, unter denen die neue Gemeinde, die nun knapp 20.000 Einwohner hatte, ihre Aufgaben wahrzunehmen begann, waren alles andere als optimal.

Durch die Zugehörigkeit der bisherigen Gemeinden zu drei Landkreisen und drei Regierungsbezirken hatten sich in den jeweiligen Gemeinden unterschiedliche Schwerpunkte ergeben. Diese Konstellation gab es in den übrigen neu gebildeten Städten und Gemeinden im neuen Landkreis Hannover nicht. So hatten z.B. die anderen „Neugründungen“ im Bereich des aufgelösten Landkreises Burgdorf den Vorteil, dass entweder ein größeres natürliches Zentrum mit einer ausreichenden Verwaltung, wie in Lehrte und Burgdorf, vorhanden war, oder bereits vorher Zusammenarbeit in Samtgemeinden mit entsprechenden hauptamtlichen Verwaltungen bestand. Nur in unserem Gebiet konnte davon keine Rede sein. Lediglich

durch den Realschulzweckverband Sehnde und den Volksschulzweckverband Rethmar gab es eine Teilzusammenarbeit.

Außer Ilten und Sehnde waren alle anderen Gemeinden ehrenamtlich verwaltet worden und bedienten sich teilweise bei der Erfüllung ihrer Aufgaben der Mithilfe der jeweiligen Kreisverwaltungen. Nun entfiel die bisherige Dienstleistung der Landkreise. Alle gemeindlichen Aufgaben musste ab sofort die neue Kommune übernehmen. Das galt auch für die bisherige Verwaltungstätigkeit der ehrenamtlich Tätigen, z.B. der Bürgermeister und der Kassenverwalter.

Die vorhandenen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren für die Aufgabenerfüllung der nun großen Gemeinde bei weitem nicht ausreichend, das galt auch für den Bereich des Bauhofes.

Es mangelte in Sehnde an ausreichendem und entsprechend ausgebildetem Verwaltungspersonal und auch an angemessenen Büroräumen. Personal konnte nur schwer gefunden werden, weil für die neu einzustellenden Mitarbeiter, z.B. von den bisherigen Kreisverwaltungen, Sehnde häufig „aus der Kehre“ lag. Bis das Problem sich löste, musste recht viel improvisiert werden, in einer solchen Umbruchsituation mehr als hinderlich. Zu allem Überfluss hatte sich die Finanzlage 1974 drastisch verschlechtert, so dass nicht schnell reagiert werden

Konnte. Die kommunale Infrastruktur hatte zudem erhebliche Lücken und war uneinheitlich organisiert. Sehnde-Mitte konnte die zugewiesene Funktion als Grundzentrum bei weitem nicht erfüllen. Die Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs und notwendige Dienstleistungen von Fachärzten, Rechtsanwälten, Steuerberatern waren nur unzureichend vorhanden. Das lag auch an dem unglücklichen Zuschnitt des Ortskerns, der die notwendige Entwicklung nicht zuließ. Das hatte die alte Gemeinde Sehnde schon erkannt und als Voraussetzung für eine künftige Entwicklung eine Ortskernsanierung nach dem Städtebauförderungsgesetz beschlossen und in Gang gesetzt. Auch nichtgemeindliche Einrichtungen mussten sich den veränderten Verhältnissen anpassen. Die Vereine waren noch in ihre jeweiligen Kreisverbänden eingebunden und mussten sich umorientieren. Gemeindeförderung und Schützen der Gemeinde Sehnde waren beispielsweise noch Zukunftsmusik. Die evangelische Kirche hat die Gebietsreform ignoriert. Die Kirchengemeinden blieben in ihren bisherigen Kirchenkreisen.

d) Interregnum bis zur ersten Kommunalwahl in der Gemeinde Sehnde

Die per Gesetz vom niedersächsischen Landtag zusammengeführten Orte waren für eine Übergangszeit mit einem sogenannten Interimsrat ausgestattet, der bis zu der Wahl im Oktober 1974 die ersten Aufgaben eines Gemeindeparlamentes

übernahm. In diese Versammlung wurden alle amtierenden Ratsvorsitzenden der bisherigen Gemeinden delegiert. Zusätzlich kamen entsprechend der jeweiligen Einwohnerzahl weitere Vertreter der bisherigen Gemeinderäte dazu. Die Auswahl oblag den Räten und wurde an Hand der Mehrheitsverhältnisse gehandhabt.

Insgesamt 48 Personen waren im Interimsrat, eine nach heutigen Vorstellungen ziemlich aufgeblähte Versammlung.

(Namentlich aufgeführt sind die Mitglieder in *Die Zeitreise 4*) Das weibliche Geschlecht fehlte vollständig, obwohl in den Gemeindeparlamenten etliche Damen über ein Mandat verfügten.

Schon nach 11 Tagen, am 11.03.1974, trat dieses Gremium zusammen, um in einer Art Gründungsversammlung die ersten Schritte zu beraten. Im Vordergrund stand das Bemühen, eine handlungsfähige Einheit zu bilden, welche die Ziele und die Neuordnung des Gemeinwesens für die nächste Zukunft festlegen sollte. Mehr war in der Kürze der Zeit bis zur Kommunalwahl im Herbst kaum zu schaffen. Neu für alle war die Bildung von Fraktionen. Die der SPD umfasste 26 Mitglieder, die der CDU mit 21 Mitgliedern bildete mit dem einen 1 FDP Mitglied eine Zählgemeinschaft. Einstimmig wurde Wilhelm (gen. Willi) Schaper (Sehnde) zum Bürgermeister gewählt.

Das gleiche Ergebnis ergab sich bei der Bestimmung des Stellvertreters Frieder Walkling (Bolzum).

Nach nur einem Vierteljahr und drei Sitzungen war die Amtszeit des Interimsrates beendet. Festzuhalten ist aber das überragende Publikumsinteresse, das in den folgenden Jahren nie wieder erreicht wurde.

II. Entwicklung Sehndes seit dem 01.03.1974

a) Vorgaben durch den Flächennutzungsplan

Ein Flächennutzungsplan - einschließlich des Landschaftsplanes - hat für das ganze Gemeindegebiet die städtebauliche Entwicklung nach den vorhersehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen zu ordnen. Er ist daher Grundlage für alle Planungen.

Durch gesetzliche Regelung sind alle Flächennutzungspläne der ehemals Gemeinden nach einer Übergangsfrist außer Kraft getreten. Damit war sofortiger Handlungsbedarf für den neuen Rat gegeben. Er hat den Aufstellungsbeschluss für die Planung noch 1974 gefasst. Nach entsprechenden Planungsschritten und Beschlüssen ist der Flächennutzungsplan 1978 nach Genehmigung durch die Bezirksregierung rechtskräftig geworden. Die Ziele der Raumordnung waren wesentliche Planungsgrundlagen. Durch deren detaillierte Vorgaben waren der Gemeinde für ihre zukünftige Entwicklung recht enge

Grenzen gesetzt. Flächen für Erholung, Rohstoffsicherung, Landwirtschaft und Ver- und Entsorgung waren im Raumordnungsprogramm festgelegt. Darin wurde nun den einzelnen Ortsteilen Vorrangfunktionen wie „Landwirtschaft“, „Wohnen“, „Gewerbe“ zugewiesen. Die Zuweisung einer Vorrangfunktion bedeutete, dass solche Nutzungen Vorrang haben sollten, die der entsprechenden Funktion dienen. Andere Nutzungen werden damit nicht ausgeschlossen, sie mussten aber nachrangig sein.

Es handelte sich um ein langfristiges Entwicklungskonzept, das ein koordiniertes Vorgehen in mehr oder weniger kleinen Schritten ermöglichte. Es zeigte die Entwicklungsrichtung an, in die sich alle künftigen städtebaurechtlichen Veränderungen einfügen sollten. Ortsteile mit zugewiesener Vorrangfunktion „Landwirtschaft“ waren Bilm, Dolgen, Evern, Gretenberg, Haimar, Klein Lobke, Müllingen, Wassel, Wehmingen und Wirringen, mit der Vorrangfunktion „Wohnen“ waren Bolzum, Ilten, Rethmar und Sehnde, mit der Vorrangfunktion „Gewerbe“ Höver, Ilten und Sehnde ausgewiesen. Die Ortsteile mit der Vorrangfunktion „Wohnen“ sollten zugleich zentrale Funktionen (Grundschule, Kita, größere Sport- und Freizeitanlagen, Läden des Nahbedarfs, versorgungsbezogenes Handwerk und Gewerbe) für den eigenen räumlichen Bereich wahrnehmen, z.B. Bolzum für die Ortsteile Bolzum

(Versorgungszentrum), Müllingen, Wehmingen und Wirringen. Die optimale Versorgung aller Einwohner sollte langfristig durch die Konzentration von Einwohnern und Versorgungsbereichen gesichert werden.

Zusätzliche Bebauungsmöglichkeiten waren für die einzelnen Ortsteile festgelegt, so sollten z.B. in Rethmar noch 14 Wohnungseinheiten entstehen (vorhanden 53), in Höver 12 (vorhanden 17) und in Ilten 34 (vorhanden 104). Lediglich für Sehnde als zentralem Ort war eine umfangreichere Entwicklung geplant, hier sollten noch 178 Wohneinheiten / (vorhanden 413) entstehen. Zusätzliche Entwicklungen waren in dem förmlich festgesetzten Sanierungsgebiet „Ortskern“ vorgesehen.

Neben den Ausweisungen für Wohnen und Gewerbe waren im Flächennutzungsplan zahlreiche weitere Festsetzungen enthalten:

1. „Freiflächen“ mit Kinderspielplätzen/Bolzplätzen, Sport- und Badeplätzen, Dauerkleingärten, Friedhofsanlagen, Allgemeine Grünflächen.
2. „Verkehr“: Straßen-, Fuß- und Radwege, vorrangig für die Versorgung, ÖPNV, Schienenverkehr, Wasserverkehr.
3. „Gemeinbedarfsflächen“: Kindertagesstätten (Ziel: Betreuungsplätze für 50 % aller drei- und vierjährigen und 10 % aller fünf bis zehnjährigen Kinder), Schulen (Grundlage ist

der Schulentwicklungsplan in Niedersachsen, danach gehört die Gemeinde Sehnde zum Einzugsbereich der Sekundarstufe II in Lehrte), Sporteinrichtungen, Jugendeinrichtungen, Alteneinrichtungen, Einrichtungen für die Gesundheitsfürsorge.

4. „Feuerschutz“.
5. "Ver- und Entsorgung": Wasserversorgung, Elektrizitätsversorgung, Gasversorgung, Abwasserbeseitigung, Oberflächenentwässerung, Abfallbeseitigung.
6. "Immissionsschutz"

Darüber hinaus war ein Landschaftsplan Bestandteil des Flächennutzungsplanes.

b) Einzelentwicklungen

Baugebietsbereiche

Der Flächennutzungsplan sollte eigentlich die Entwicklung der nächsten zehn Jahre abbilden. Allerdings wich die tatsächliche Entwicklung häufig von den ursprünglichen Überlegungen ab. So wurde der Flächennutzungsplan einschließlich seiner ersten großen Überarbeitung im Jahre 1984 36-mal geändert. 1999 wurde ein neuer F-Plan aufgestellt, der allerdings auch schon 44 Änderungen aufweist. Aus den F-Plänen wurden 187 Bebauungspläne - auch ihrerseits mit diversen Änderungen - entwickelt. Bauland wurde in allen Ortsteilen ausgewiesen, meistens nach den Vorgaben des Raumordnungs-

programms und des Flächennutzungsplanes. In einer Reihe von Fällen gab es aber erhebliche Abweichungen, die häufig einer Nachnutzung von bisher anders genutzten Flächen oder dem Rückzug von Gewerbebetrieben geschuldet waren. Insbesondere sind zu nennen das Gelände der ehemaligen Zuckerfabrik, die früher militärisch genutzten Flächen in Hohenfels (siehe *Die Zeitreise 7*), frei werdende Flächen durch die Insolvenz der damaligen Wahrendorffschen Anstalten (siehe *Die Zeitreise 5*) und der Rückzug des landwirtschaftlichen Betriebes Haus Rethmar (siehe *Die Zeitreise 8*) aus dem innerörtlichen Bereich.

In den einzelnen Ortsteilen wurden in den nachfolgenden Jahren immer wieder in sich geschlossene Neubaugebiete verwirklicht. Von Höver bis Haimar entstanden dabei vornehmlich Einfamilienhäuser, eine dem verbreiteten Wunsch nach eigenen vier Wänden entsprechende Lösung. Auch diese Entwicklung trug wesentlich zum Wachstum der Einwohnerzahl Sehndes bei. Drei Neubaugebiete sollen wegen ihrer Besonderheit stellvertretend für alle anderen näher beschrieben werden.

Baugebiet 'Am Park' in Ilten

Die Insolvenz der Wahrendorffschen Anstalten schuf eine neue Ausgangslage. Interessenten für den Krankenhausbetrieb lehnten eine Übernahme der landwirtschaftlich genutzten

Flächen von rd. 250 ha rundweg ab. (siehe *Die Zeitreise 5*) Für die Gemeinde Sehnde boten allerdings Teile des Areals aus verschiedenen Gründen eine willkommene Alternative für zukünftige Planungen. Vor allem als Tauschobjekte für die an anderen Stellen der Stadt benötigten Grundstücke für die Erstellung von Verkehrswegen, Freizeiteinrichtungen und als Bauland bekamen sie eine erhebliche Bedeutung. Man entschloss sich daher zu dem Erwerb der Gesamtfläche gemeinsam mit den Partnern Landkreis und Kreissparkasse Hannover. Der Plan scheiterte.

Nachdem aber die Planungen für die Ausweisung einer Teilfläche als Bauland bereits weit vorangeschritten waren, erwarb die Gemeinde aus der Insolvenzmasse nur die dafür vorgesehen 20 ha, um diese anschließend als Bauland zu erschließen. Grund dabei war, die Baulandpreise auf einem vertretbaren Niveau zu halten. Das Modell gelang und fand seine Nachahmer in anderen Kommunen.

Die Vermarktung der ca. 250 Baugrundstücke ab Mai 1996 war aber für die Stadt eine Nummer zu groß, es waren Partner mit ins Boot zu holen. Keine leichte Aufgabe, schätzte doch ein Lehrter Institut die Attraktivität Ilten eher gering ein und war nicht für eine Partnerschaft zu gewinnen.

Ein Spruch klingt bis heute in den Ohren: Wer will denn in Ilten bauen, wo es doch in Ahlten ausreichend Grundstücke gibt?

Eine fatale Fehleinschätzung. Glücklicherweise teilte die Kreis-sparkasse diese abenteuerliche Ansicht nicht. Mit ihr konnte die Vermarktung zügig und erfolgreich vorangebracht werden. Es gab schließlich genügend Interessenten.



Frühling in Ilten 'Am Park'

Wegen der guten Verkehrsanbindung entschloss sich außerdem die Firma Eigenheim & Garten, eine Teilfläche unmittelbar östlich der B65 für eine Fertighausausstellung über einen begrenzten Zeitraum zu erwerben. Eine Musterhaus-siedlung entstand, die nach Angabe des Betreibers außer-ordentlich erfolgreich war. Die Häuser sind nach Ablauf des Ausstellungszeitraums an private Nutzer veräußert worden. Auch die Belegung des Geländes mit der Fertighaussiedlung

fürte zu einer gesteigerten Nachfrage in Ilten, so dass 2001 ein weiteres Baugebiet, „Neuer Garten“, in einer Größenordnung von ca. 94.000 m² weiter östlich erschlossen und bebaut wurde.

Ein anderer - heute zu Lehrte gehörender - Teil des Ortes Ilten ist das Gelände des ehemaligen Kinderheimes Nordstern der Stadt Hannover mit seiner repräsentativen Villa , deren weitere Verwendung gegenwärtig zu einigen Diskussionen in der Presse führt. Die im Stil der Jahrhundertwende erbaute Villa beherrscht das Areal mit den dem Heimbedarf entsprechenden Zweckbauten.

Nach Schließung des Heimes suchte die Stadt Hannover gemeinsam mit der Stadt Sehnde lange Zeit nach einer Folgenutzung. Als Zwischenlösung war von der Stadt Sehnde - mit Zustimmung des Grundstückseigentümers - geplant worden, dort vorübergehend Asylbewerber unterzubringen (wegen der nach 1990 zugewiesenen Anzahl von Personen kam alternativ eigentlich nur die Aufstellung von Containern infrage). Dieses Vorhaben führte zu massivstem Widerstand der Stadt Lehrte, der das bis dahin gute nachbarschaftliche Verhältnis nachhaltig zu beschädigen drohte. Obwohl die Stadt Hannover bereits für die Unterbringung entsprechende Investitionen getätigt hatte und Lehrte keinen fundierten

Einfluss hätte nehmen können, wurde das Konzept um des lieben Friedens willen aufgegeben.

Auch die Absicht, dort ein Wohngebiet zu entwickeln (die Flächen waren inzwischen von dem Bauträger HRG übernommen), wurde fallen gelassen. Hauptursache waren die Bedenken der Stadt Lehrte gegen die Abwasserentsorgung über ihr Netz, dessen Kapazität angeblich nicht ausreichte. Eine Einleitung in das Sehnder Netz hätte die Erschließung beträchtlich verteuert.

Schließlich einigten sich die beiden Kommunen über die Umgemeindung des fraglichen Grundstückes in die Stadt Lehrte, die dafür eine angemessene Entschädigung in Höhe von 800.000 € an die Stadt Sehnde zahlte. Die Fläche wurde dann umgehend für den Wohnungsbau bereitgestellt. Von dem vorgenannten Problem mit der Abwasserbeseitigung war dann allerdings nicht mehr die Rede.

Zuckerfabrik

Die Schließung der Zuckerfabrik Sehnde 1988 war der nächste tiefe Einschnitt in die industrielle Landschaft Sehndes. Sie wurde im Wege des Konzentrationsprozesses in der Zuckerindustrie an die damalige Hannover Zucker AG Lehrte verkauft. Nach der Stilllegung wurden nur noch Zuckerlager, Silos und der Bahnanschluss vorübergehend weiter genutzt. Das Gleis konnte durch die Gemeinde für einen Betrieb im

Gewerbegebiet Borsigring gesichert werden und ist aber inzwischen aufgegeben. Durch die exponierte Lage mitten im Ortskern von Sehnde (s. Bild) war schon der Betrieb der Zuckerfabrik mit ihren erheblichen Emissionen und wegen des umfangreichen Anlieferverkehrs während der Kampagnen problematisch.

Eine Industrieruine an dieser Stelle wäre aber der GAU.



Zuckerfabriksgelände während der Betriebsphase vor 1988.

*Links verläuft diagonal der Zuckerfabriksweg.
Am oberen Rand liegen die Klär- oder Absetzteiche.
In der Bildmitte unten ist die Einfahrt zum Werksgelände
und davor verläuft die Peiner Straße (B65).*

Die Betriebsstillegung hatte allerdings sofort auch eine positive Seite. Durch den Wegfall der Emissionen konnte gemeindeeigenes Bauland östlich des Steinweges veräußert werden. Dort bestand ein alter Bebauungsplan, der noch mehrgeschossigen Wohnungsbau vorsah. Die Nachfrage nach Miet- und Eigentumswohnungen hatte nach langer Zeit der Stagnation erstmals wieder angezogen. Als eine der wenigen Gemeinden konnte Sehnde durch geeignete Grundstücke diesen Wünschen entsprechen.

Aber damit war das Problem Zuckerfabrik keineswegs gelöst. Eine Fläche in der Größenordnung von rd. 110.000 m² mitten im Ort durfte und konnte, so wie sie war, nicht bleiben. Die planerische Neuordnung war eine einmalige Chance für eine positive städtebauliche Entwicklung. Dazu waren freilich die grundsätzlichen Vorstellungen über die Entwicklung Sehndes und seines Ortskerns neu zu überdenken. Die Umsetzung des Vorhabens im Sinne der Gemeinde konnte nur verwirklicht werden, wenn sie neben ihren Möglichkeiten durch das Planungsrecht auch als Grundstückseigentümerin Einfluss nehmen könnte. Ein Grundstücksankauf überstieg die vorhandenen Möglichkeiten aber erheblich. Das Projekt wurde deshalb mit den Partnern Landkreis, Großraum und Land gemeinsam angepackt. Die Gemeinde kaufte zunächst Anfang 1990 die westlich des Zuckerfabriksweges gelegenen Flächen in einer

Größe von 48.200 m². Die Finanzierung konnte durch Beteiligung des Landes und des Großraumes Hannover sichergestellt werden. Als Nutzung waren zu diesem Zeitpunkt nach den geltenden Plänen 34.552 m² Gewerbeflächen, 9.514 m² Bauland (vom Steinweg zu erschließen) und 4.134 m² als Grünflächen vorgesehen.

Für die gewerbliche Nutzung gab es mehrere Ideen, die allerdings nicht verwirklicht werden konnten. Ein Sehnder Unternehmer wollte mit seinen sowjetischen Partnern eine Spezialgroßdruckerei für Schießkarten errichten. Ein anderes interessantes Vorhaben war die Ansiedlung einer Managerakademie. Diese Überlegungen waren lediglich aus momentanen Interessenlagen heraus geboren, dahinter stand noch nicht ein erforderliches Gesamtkonzept. 1991 wurde deshalb der Erschließungsträger Nord/GKA mit der Überplanung des Gesamtgeländes beauftragt. Die Vorschläge mit zwei Alternativen wurden Anfang 1992 vorgelegt. Alternative I sah eine überwiegend gewerbliche Nutzung vor, Alternative II die Erweiterung des Ortszentrums. Der Rat entschied sich für die Alternative II. Ein Bebauungsvorschlag und ein Durchführungskonzept wurden anschließend erarbeitet und ein entsprechender Bebauungsplan entwickelt. Die Gebäude und Anlagen auf dem westlichen Teil waren inzwischen beseitigt. Bereits im September 1991 beschloss der Rat nach Absprache mit den

Partnern den Ankauf auch des östlichen Teiles in Größe von ca. 61.000 m². Vereinbart wurde, das Gesamtprojekt Zuckerfabrik gemeinsam zu stemmen. Die Gesamtkosten des Vorhabens wurden auf 8,6 Mio. DM geschätzt, die durch Beiträge und Grundstückserlöse finanziert werden sollten. Die Vorfinanzierung und Abwicklung der Maßnahme (Abbruch, Erschließung) wurde dem Erschließungsträger Nord/GKA übertragen. Den Verkauf der Grundstücke hatte sich die Gemeinde selbst vorbehalten.



Gelände der Zuckerfabrik bei Beginn der Bebauung 1990

Parallel zum unteren Rand verläuft die Peiner Straße und senkrecht durchs Bild der Zuckerfabriksweg. Auf der linken Seite zwischen Peiner Straße und Zuckerfabriksweg sind die ersten Mehrfamilienhäuser bereits gebaut worden.

Am rechten Rand grenzt die Bachstraße das alte Werksgelände ein.

Mit der geplanten Erweiterung des Ortskerns war auch die Absicht verbunden, zusätzliche Einzelhandelsflächen zuzulassen. Dazu wurde ein Einzelhandelsgutachten in Auftrag gegeben, nach dem die dann erfolgten Ansiedlungen zusätzlichen Einzelhandels im östlichen Bereich (u.a. Extra-Markt, jetzt REWE, die Ansiedlung von ALDI war lediglich eine Verlagerung vom bisherigen Standort an der Nordstraße) verträglich und für die künftige Entwicklung auch erforderlich waren.

Nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes konnten die Grundstücke auf der westlichen Seite zügig verkauft werden. In den Wohn- und Geschäftshäusern entstanden zahlreiche Wohnungen. Sehnde hatte seit der Gebietsreform rd. 9% (= 1.775) seiner Einwohner verloren. Auch das Baugebiet Zuckerfabrik hat zu einer Trendwende bei den Einwohnerzahlen beigetragen. Aktuell beträgt die Einwohnerzahl in diesem Gebiet ca. 1.200.

Diese Entwicklung hatte allerdings mit den ursprünglichen Vorstellungen im Flächennutzungsplan nichts mehr gemein. Wegen der großen Anzahl an Wohnungen in diesem Teil des Ortes wurde eine Kita in einem der 3-geschossigen Gebäude durch die gemeindeeigene gemeinnützige Iltener Wohnungsbau GmbH errichtet. Andere Bauträger trauten sich an ein solches Vorhaben nicht heran. Auf die für eine Übergangszeit

durch den Voreigentümer (nun Zuckerverbund Nord) gesicherten Nutzungsrechte bis 2004 hat dieser vorzeitig verzichtet. So konnte nach Abbruch der ehemaligen Fabrikanlagen schon 1997 mit der Ansiedlung des Multifunktionszentrums mit Extra-Markt (heute REWE) die Neugestaltung des östlichen Bereichs beginnen. 1998 kam die Astrid-Lindgren-Schule dazu.

Die Kreissparkasse (heute Sparkasse Hannover) verlegte 2002 ihre Zweigstelle hierher. 2003 konnte nach langem Verhandlungsvorlauf endlich die Ansiedlung einer Altenwohnanlage vereinbart werden. Abgerundet wird dieses Ortsteilzentrum durch das Fachmarktzentrum (Fressnapf, Kik, Tedi, ALDI), fertiggestellt im Jahr 2005.

Nördlich des ehemaligen Fabrikgeländes gab es weitere zur ehemaligen Sehnder Zucker AG gehörende Grundstücke, die teilweise als Absetzteiche genutzt worden waren. Dieses Gebiet konnte zur Abrundung der Bebauung Zuckerfabrik beitragen.

Da auch die Nachfrage nach Einfamilienhausgrundstücken erheblich war, wurde hier 1998 entsprechendes Bauland ausgewiesen. Die Größenordnung des Projektes hätte die Gemeinde überfordert. Entgegen der ursprünglichen Absicht wurde deshalb mit dem kommunalen Partner HRG ein Erschließungsvertrag geschlossen. Er kaufte die Grundstücke,

erschloss und vermarktete sie.

Heute beträgt die Einwohnerzahl dort ca. 650.

Baugebiet am Mittellandkanal in Rethmar

Zunächst wurden in Rethmar 1980 und 1999 im Rahmen des Raumordnungsprogramms und des Flächennutzungsplans insgesamt 99 Baugrundstücke nördlich der B65 ausgewiesen. Damit waren die planerischen Möglichkeiten für Rethmar weitestgehend ausgereizt.

Nach dem Verkauf des Schlosses an Rüdiger von Wackerbarth (siehe *Die Zeitreise 8*) gaben die Eigentümer des Hauses Rethmar 1998 auch die bis dahin landwirtschaftlich genutzten Gebäude auf dem Schlosshof auf und verlegten den Betrieb auf das Vorwerk Neuloh. Es wurde nun ein Käufer für den weiträumigen, zum Teil unter Denkmalschutz stehenden Gutshof gesucht. Glücklicherweise erwarb ein ortsansässiger Investor das Gelände und einen Teil der ortsnahen Ackerflächen. Mit der Stadt wurde vertraglich vereinbart, dass die vorhandene Bausubstanz weitgehend erhalten bleiben sollte, außerdem war der Stadt im ehemaligen Pferdestall eine Fläche für das Regionalmuseum zu überlassen.

Die historischen Gebäude des Gutshofes wurden anschließend für einen gastronomischen und kulturellen Betrieb umgebaut. Gleichzeitig wurde über die Umwidmung für die von dem

Ziel des Vertrages ist die Absicherung einer örtlich verträglichen Weiterentwicklung des Ortsteiles Rethmar im Rahmen des durch die Flächennutzungsplan-Aufstellung vorgesehenen Wohnungsbauvolumens. Dabei sollen neben der Baulandbereitstellung für die örtliche Eigenentwicklung auch neue Teilsegmente des Wohnungsmarktes für gehobene Wohnungsflächenansprüche auf größeren Grundstücken abgedeckt werden, die aus der speziellen Situation des Ortsteiles Rethmar mit der Golfplatzansiedlung in unmittelbarer Nachbarschaft des Plangebietes resultieren

Investor gekauften Grundstücke zu Bauland verhandelt. Ziel war es, eine etwas „andere“ Bebauung zu ermöglichen. Weil aber der Planungsspielraum weitgehend ausgereizt war, ging das nur mit Zustimmung des Kommunalverbandes Großraum Hannover als Träger der Regionalplanung. Mit ihm wurde ein raumordnerischer Vertrag geschlossen.

Es folgten in den Jahren 2001, 2004 und 2009 drei Baugebiete mit zusammen 101 Bauplätzen. Das gesamte Siedlungsgebiet erfüllt die hohen Ansprüche.

Die Maßnahme war allerdings durch eine unschöne Begleitmusik massiv gestört. Ein missliebiger Zeitgenosse meinte glauben zu müssen, die Umwandlung von Ackerflächen zu einem Bebauungsgebiet zugunsten des Investors wäre im

Zusammenhang mit dessen Freundschaft zu dem seinerzeitigem (ehrenamtlichen) Bürgermeister zu sehen.



Baugebiet am Mittellandkanal in Rethmar

Auf eine entsprechende Strafanzeige ermittelte die Staatsanwaltschaft. Das Verfahren wurde eingestellt. Verdachtsmomente ergaben sich nicht.

Sozialer Wohnungsbau

Ausreichend geeigneter Wohnraum für weniger finanzstarke Einwohner wurde trotz entsprechender Wohnungsbestände der Gemeinde und ihrer ltener Wohnungsbaugesellschaft mbH und der einiger privater Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften immer mehr zur Mangelware.

Die Gemeinde hatte sich deshalb im Bereich Wohnungsbauförderung engagiert. Das hatte der Bürgermeister beispielsweise in seiner Neujahrsansprache 1993 wie folgt thematisiert: „Seit 1990 beteiligt sich die Gemeinde im Rahmen von Landes- und Landkreisprogrammen an der Wohnungsbauförderung. Insgesamt sind 65 Wohnungen gefördert, deren Belegungsrechte die Gemeinde hat. Einschließlich der Zurverfügungstellung der Grundstücke betrug der Gemeindeanteil allein in diesem Zeitraum 1,2 Mio. DM. Diese aufgezeigte Wohnungsbauförderung ist nur durch einen finanziellen Kraftakt der Gemeinde möglich geworden. Auf Dauer kann die zweifelsohne vorhandene Wohnungsnot mit Beteiligungsquoten der Gemeinde nicht gelindert werden. Bund und Land sind gefordert, sich stärker zu engagieren. Das Thema ist inzwischen wieder aktuell.

Privater Bereich

Einwohnerentwicklung

Der Niedergang der Industrie war mitverantwortlich für den 1974 einsetzenden Einwohnerschwund. Bis 1989 schrumpfte die Einwohnerzahl gegenüber 1974 um 1.709 auf 18.178. Mit der bedarfsgerechten Bereitstellung von günstigen Bauflächen sowohl für den Geschosswohnungsbau als auch für den Einfamilienhausbau in allen Ortsteilen wurde gezielt dem bis

Ende der 80er Jahre zu verzeichnenden Trend entgegengerichtet. Zu diesem Konzept gehörte auch die Ausweisung entsprechender Flächen zur Ansiedlung von Gewerbe.

Was verführte die Menschen nach Sehnde zu ziehen?

Die Abteilung Stadtmarketing im Sehneder Rathaus sieht das so:

Sehnde, ganz nah draußen

Mit der Lage im Südosten der Region Hannover, genau zwischen der Landeshauptstadt Hannover und den Städten Hildesheim und Peine - eben ganz nah draußen - ist die Stadt Sehnde ein attraktiver Wohnort und interessanter Wirtschaftsstandort. Messbar ist diese Attraktivität am stärksten Einwohner-Wachstum in der Region Hannover seit Ende der 80er Jahre und an der Tatsache, dass Sehnde seit vielen Jahrzehnten die im Altersdurchschnitt jüngste Kommune der Region ist.

In den 70er und 80er Jahren zwangen einschneidende Veränderungen, wie die Schließung der Ziegeleien, des Kalibergbaus und der Zuckerfabrik zu einer neuen Ausrichtung der Stadtentwicklung. Viele Arbeitsplätze gingen verloren, und über die Nachnutzung von Industriebrachen musste nachgedacht werden. Wo sollte sich Sehnde hin entwickeln, mit welchen Standortvorteilen konnte die Stadt jetzt noch punkten?

Der Vorteil der zentralen Lage konnte hier durch die gezielte Ausweisung von günstigem Bau- und Gewerbeland genutzt werden. So wurden aus innerörtlichen Industriebrachen Zentren für Nahversorgung und zentrumsnahes Wohnen, die ähnlich rasant wuchsen wie die Gewerbegebiete mit schneller Autobahn-Anbindung im Außenbereich.

Die Lage im sog. Speckgürtel der Stadt Hannover genießen alle Kommunen der Region, aber nicht alle Städte konnten diesen Standortvorteil für sich nutzen. Gerade junge Familien mit kleinen Kindern hat es in den vergangenen Jahrzehnten wieder in den ländlichen Bereich gezogen - hier war die bedarfsorientierte Ausweisung von familienfreundlichen Baugebieten in den Ortsteilen der Stadt Sehnde eine kluge Lösung. Bis heute könnte mehr Bauland in Sehnde verkauft werden als erschlossen wird, und die Nachfrage ist ungebremst.

Passend zum stetigen Zuwachs wurden Kindertagesstätten- und Schul-Bedarfspläne erstellt, Einrichtungen neu gebaut oder erweitert und die Angebote an den Bedarf junger Familien angepasst. Allein die Kooperative Gesamtschule wird heute von ca. 1800 Schülerinnen und Schülern besucht, die in Sehnde alle Schulabschlüsse erlangen können.

Die zentrale Lage und gute Erreichbarkeit von Sehnde wurden und werden nicht nur von den Einwohnerinnen und Einwohnern als Vorteil erkannt, sondern auch von Unternehmen, die auf kurze Wege (Straße, Schiff- und Luftfahrt) angewiesen sind. Neben der Logistikbranche finden hier auch viele hannoversche Unternehmen mit Wachstumsbestrebungen einen Standort vor den Toren der Landeshauptstadt, der Ihnen günstig voll erschlossene Gewerbeflächen bietet.

Die gewachsene Struktur mit sozialen, sportlichen und kulturellen Angeboten in fast allen Ortsteilen der Stadt, die reizvolle Umgebung mit viel Wald, Feld und dem Mittellandkanal mit seinen ausgebauten Uferländern runden die Standortvorteile von Sehnde um einen erheblichen Erholungswert ab.

Neben dem stetigen Zuwachs hat Sehnde es so in den vergangenen Jahren geschafft, das ausgeglichene Generationen Verhältnis als Basis einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu nutzen und wurde zum attraktiven Standort für Leben und Arbeit vor den Toren der Landeshauptstadt - ganz nah draußen!

Entwicklung der Einwohnerzahlen (mit Nebenwohnung)

31.12.1974	19.887
31.12.1980	18.886
31.12.1987	18.112
31.12.1990	18.239
31.12.1995	19.295
31.12.2000	21.497
31.12.2005	23.569
31.12.2010	24.057
31.12.2013	24.202

Die Einwohnerzahl des Ortsteils Sehnde, die von besonderer Bedeutung für die Nahversorgung ist, stieg von 6.329 am 31.12.1974 auf 8.515 am 31.12.2013.

So kräftig steigende Einwohnerzahlen ziehen natürlich in erheblichem Maße Bedürfnisse nach sich. Die öffentliche und private Infrastruktur musste dieser Entwicklung angepaßt werden. Mit privater Infrastruktur sind Einkaufsmöglichkeiten und z.B. die Ansiedlung von Freiberuflern - wie Ärzten, Zahnärzten, Steuerberatern, Rechtsanwälten u.a. - gemeint. Die Ansiedlung dieser Berufsgruppen kann die Stadt nur durch ihre Planungen möglich machen, die notwendigen Entscheidungen müssen die Ansiedlungswilligen selbst treffen. Die Stadt hat ihren planerischen Part dazu beigetragen. Mit der steigenden

Einwohnerzahl wuchs auch die Zahl der ansiedlungswilligen Interessenten, frei nach dem Motto: Hier bewegt sich etwas, also wollen wir dabei sein. Ein schönes Beispiel dafür sind die Ansiedlungen auf dem ehemaligen Zuckerfabrikgelände.

Der Einzelhandel war 1974 schwach ausgeprägt. Das hatte die ehemalige Gemeinde Sehnde bereits erkannt und für das Gebiet zwischen Peiner- und Nordstraße, Straße des Großen Freien und Breite Straße als Sanierungsgebiet ausgewiesen. Im Zuge der von Land und Bund zu je einem Drittel geförder-ten Maßnahme „Ortskernsanierung Sehnde.“ wurden die Grundstücke neu geordnet, die Straßen Backhausring und Hinter der Post neu angelegt und zusätzliche Bebauungsmöglichkeiten geschaffen. Ein Hauptziel war, ein attraktives Einkaufszentrum zu schaffen. Das ist wohl nicht vollständig gelungen, weil nicht alle Grundstückseigentümer von ihren planungsrechtlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht haben. Als besonderer Störfaktor konnte wohl das Postgebäude bis zu seinem Umbau als Geschäftshaus gelten. Die Volksbank hatte angeboten, in ihrem Neubau das Postamt mit zu integrieren. Das scheiterte, man glaubt es kaum, an Sicherheitsbedenken der Post.

Eine wichtige Maßnahme war die Verlegung der Landesstraße aus der Mittelstraße auf die Nordstraße und deren Umwandlung in eine verkehrsberuhigte Zone. Recht bald fand sich

auch ein Interessent für ein Einkaufszentrum an dem Standort Mittelstraße. Dort siedelte sich ein V-Markt an, jetzt Edeka Markt. Auch Aldi nahm Sehnde ins Visier und errichtete untypischerweise selbst ein Wohn- und Geschäftshaus an der Ecke Nordstraße / Peiner Straße. Später erwies sich die Ladenfläche als zu klein. Umgezogen wurde zunächst in den Komplex des Extra-Marktes (heute REWE), anschließend an den jetzigen Standort. Wie überall im Lande gaben allerdings nach und nach alle kleineren Geschäfte auf, mit der Folge, dass in den übrigen Ortsteilen, bis auf Ilten, fast alle Einkaufsmöglichkeiten verschwanden. Einer der wesentlichen Gründe war, dass sie mit den immer größer werdenden Einkaufsmärkten nicht mithalten konnten. Wegen seiner stetigen Entwicklung war Sehnde jedoch nach wie vor als Einzelhandelsstandort interessant.

1986 zog die Feuerwehr in ihr neues Domizil im Gewerbegebiet am Borsigring ein. Damit konnte über den bisherigen Standort zwischen Peiner Straße und Steinweg verfügt werden. Die Nachbargrundstücke, das ehemalige Hotel „Deutsches Haus“ und ein Standort des Landhandels Weiterer, konnten von der Gemeinde erworben werden. Die gesamte Gebäudesubstanz wurde abgebrochen und die Fläche an einen Investor verkauft, der den Gebäudekomplex mit dem MINIMAL Markt, heute Penny Markt, errichtete. Heute runden

Baumarkt, Restpostenmarkt und das neben dem REWE-Markt entstandene Geschäftszentrum die Ansiedlungen ab. Zusätzlich wurde an der Nordstraße inzwischen noch ein LIDL-Markt errichtet. Auch kleinere Einzelhandelsbetriebe und Freiberufler haben sich in der Zwischenzeit in Sehnde in größerer Zahl angesiedelt. Das Angebot ist als befriedigend zu bezeichnen.

Aber auch in den anderen Ortsteilen tat sich in der Zwischenzeit etwas. In Ilten entstand ein weiterer Markt an der B65. In Rethmar hat der Investor des Gutshofes einen kleineren Markt eröffnet.

In Bolzum ist die Gründung einer Genossenschaft für einen Markt erfolgreich abgeschlossen. Die Eröffnung des Ladens erfolgte am 21.03.2015.

Die steigenden Einwohnerzahlen mit der damit verbundenen regen Bautätigkeit und die zahlreichen Gewerbeansiedlungen haben durchaus positive Auswirkungen auf die Stadtfinanzen, natürlich neben den allgemeinen Veränderungen in den letzten 40 Jahren, wie z.B. Inflationsraten und Einkommenssteigerungen.

Folgende Vergleichszahlen sollen das deutlich machen. In den jeweiligen Haushaltsplänen der Stadt sind veranschlagt (1977 in € umgerechnet):

Einkommensteueranteil der Stadt

1977 = 2.170.000 € 2013 = 8.850.000 €

Gewerbsteuer (der Hebesatz ist 2013 um 46 % höher als 1977)

1977 = 1.492.000 € 2013 = 8.000.000 €

Grundsteuern (die Hebesätze sind 2013 um 70 % höher als 1977)

1977 = 583.000 € 2013 = 4.237.000 €

Auch die Ausgaben sind in dieser Zeit natürlich ebenfalls kräftig gestiegen, z.B. für die 100 zusätzlichen Mitarbeiterinnen in den Kitas. Eine kräftige Steigerung verzeichnen auch die zu zahlenden Umlagen. Schlug die Kreis- und Regionsumlage 1977 noch mit 2.350.000 € zu Buche, waren es 2013 bereits 10.035.000 €, jetzt als Regionsumlage.

Positiv ist zu vermerken, dass der Schuldenstand trotz der umfangreichen Investitionen gegenüber 1977 deutlich gesenkt werden konnte.

Öffentlicher Bereich

Kindertagesstätten

Neben der baulichen Entwicklung für die folgenden Jahre enthielt der Flächennutzungsplan zahlreiche weitere Festsetzungen, mit denen die Gemeinde ihre Ziele für die Zukunft festschrieb. Dazu gehörten auch Kindertagesstätten. Geplant

war die Schaffung von Betreuungsplätzen für 50 v.H. aller drei- und vierjährigen und für 10 v.H. aller fünf- bis zehnjährigen Kinder. Das war für die damalige Zeit schon ein sehr ambitioniertes Vorhaben, das mit den drei „geerbten“ Kindergärten in Bolzum, Ilten und Sehnde nicht zu verwirklichen war. Wegen der sehr beschränkten finanziellen Mittel musste zunächst ein weiterer Ausbau der Kindertagesstätten zurück stehen. Deutlich höhere Priorität hatte die Neuordnung des Schulwesens, insbesondere der Bau des Schulzentrums mit den dazu gehörenden Sportanlagen. Dazu kam noch, dass die Einwohnerzahl zunächst stetig zurück ging und dabei noch der Altersdurchschnitt der Einwohner anstieg. Die Nachfrage nach Kindergartenplätzen hielt sich deshalb in Grenzen, wenn auch ständig Mangel an Plätzen zu beklagen war. Zusätzlich wurde lediglich 1975 in Höver ein Kindergarten eingerichtet, der 1993 durch einen Anbau erweitert wurde. Die ab 1992 z.T. kräftig steigende Einwohnerzahl, vor allem durch den Zuzug junger Familien, ließ dann die Nachfrage steigen. Deutlich wurde dabei, dass die Platzangebote nicht immer wohnortgerecht zur Verfügung gestellt werden konnten. Insbesondere in den südlichen und östlichen Ortsteilen machte sich die Nachfrage nach einem Platz besonders bemerkbar.



Kita Ilten 'Im Bosenkamp'

Da passte es sich gut, dass die alte Schule in Müllingen von früheren Nutzungen frei wurde. Dort konnte 1990 ein Kindergarten eingerichtet werden. Eine ähnliche Entwicklung ergab sich in Dolgen, wo durch den Bau des Feuerwehrhauses gemeindeeigene Räume frei wurden. Dort wurde der Dorfkinder- garten Dolgen von einem Verein gegründet und wird von diesem bis heute betrieben. Aber den inzwischen massiv gestiegenen Bedarf an Kindergartenplätzen konnten diese Einrichtungen bei weitem nicht mehr erfüllen. Ein Neubau musste her. Im Neubaugebiet Wilhelm-Henze-Weg in Sehnde stand ein geeigneter Bauplatz zur Verfügung.

Seit dem 01.08.1996 besteht der Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze. Um diese Ansprüche zu erfüllen, ist 1997 die Kindertagesstätte Marggrafstraße in Sehnde neu errichtet und

die Einrichtung Bosenkamp erweitert worden. Alle letztgenannten Kitas sind im Bereich der sich entwickelnden großen Neubaugebiete erstellt, dazu wurde 2002 im Dorfgemeinschaftshaus in Wehmingen eine weitere Kindertagesstätte eingerichtet.

Zu den genannten Einrichtungen gibt es noch den Waldkindergarten in Sehnde, sowie Hortgruppen in Höver, Ilten und Sehnde. Mit den vorhandenen Einrichtungen wird der Rechtsanspruch z.Zt. erfüllt. Eine Warteliste gibt es allerdings im Ganztagsbereich.

Seit dem 01.08.2013 besteht auch ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für Kinder bis zu drei Jahren. Neben dem Angebot zur Tagespflege mit z.Zt. 60 Plätzen setzt die Stadt hier, anders als bei den Kitas, nicht auf eigene Einrichtungen, sondern auf solche in freier Trägerschaft. So unterhält die ev. Kirche in Sehnde, Ilten und Rethmar Krippen, zusätzlich gibt es in Sehnde noch mit dem Spatzennest eine von einem Verein getragene Krippe. Auch hier wird der Rechtsanspruch erfüllt.

Hallenbad Höver

Das Bad wurde Ende der 60er Jahre erbaut. Im Laufe der Jahre kam die Anlage immer wieder durch hohe Reparatur-

kosten in die Kritik. Besonders der höhenverstellbare Boden des Schwimmbeckens war sehr anfällig und führte neben hohen Kosten auch zur häufigen Schließung des Bades. Aber nicht nur der Hubboden war mit der Zeit marode geworden, sondern es kam durch die defekte Außenhaut des Gebäudes zu enormen Wärmeverlusten, auch die Umkleiden und

Toiletten mussten in Ordnung gebracht werden. Immer wieder wurde repariert und der Betrieb, so gut es ging, in Gang gehalten, bis es dann irgendwann wirklich nicht mehr weiter ging. Überlegungen, den Boden des Bades festzusetzen, wurden verworfen. Gerade die variable Höhe des Wassers ist notwendig, um die Nutzung des Bades sowohl für den Schwimmunterricht als auch für die Schwimmer zu gewährleisten. 1995 war die Situation in Höver so, dass das Bad kurz vor dem endgültigen Aus stand. Damals gründete sich ein Förderkreis „Lehrschwimmbecken Höver“. Mit großem Engagement setzte er sich für den Erhalt des Bades ein. In Zusammenarbeit mit der Ortsgruppe Sehnde der Deutschen-Lebens-Rettungsgesellschaft wurden öffentliche Schwimmzeiten und diverse Schwimmkurse angeboten. Außerdem hatte sich eine kleine Tauchschule gebildet. Das Engagement des Fördervereins und die Tatsache, dass in Höver das einzige Hallenbad der Stadt Sehnde steht, hat dann zum Entschluß der Stadt geführt, 1,7 Mio. € zu investieren. Duschen und Umkleiden

wurden modernisiert. Das Schwimmbecken und die erforderliche Technik für den variablen Beckenboden sollen im nächsten Bauabschnitt saniert werden. 2015 wird das Bad dann wieder öffnen und allen Nutzern sowohl als Lehrschwimmbecken als auch für den Badespaß zur Verfügung stehen.

Waldbad - Badensee - Bürgerbefragung

Das idyllische Sehnder Waldbad - 1938 erbaut - war sichtbar „in die Jahre gekommen“. Es bestand die Sorge, dass, wenn nichts zum Erhalt der Anlage getan werden würde, das Bad sogar geschlossen werden müßte. In der Vergangenheit waren die erforderlichen Maßnahmen zur Modernisierung, die Sanierung des Beckens mit seinen enormen Wasserverlusten, die notwendigen Verbesserungen der Umkleiden, Duschen und Außenanlagen weitgehend unterblieben. Und zwar nicht etwa, wie einige Überkluge immer behaupteten, weil Rat und Verwaltung „gepennt“ hätten, sondern weil andere Projekte wie Schulbauten, Schulsportanlagen, Sporthallen und Kitas Vorrang hatten und somit schlicht kein Geld mehr für das Bad vorhanden war.

Eine Planungsgruppe aus Hildesheim, die beauftragt wurde, die Situation zu beurteilen, kam 2005 zu dem Ergebnis: Das Bad ist zwar marode, aber durchaus erhaltenswert.

Allen war klar, dass diese für Sehnde wichtige und einmalige Freizeitanlage, die auch für den Schwimmunterricht der Schu-

len von großer Wichtigkeit ist, erhalten bleiben muss. Erörtert wurden die verschiedenen Möglichkeiten einer Sanierung oder eines Umbaus. Die Frage einer möglichen Privatisierung und damit die Übergabe an einen Betreiberverein oder an eine Bädergesellschaft als städtischer Eigenbetrieb wurde diskutiert.

Dann brachte ein privater Interessent eine völlig neue Variante ins Spiel: Einen Erlebnisbadesee zwischen Rethmar und Sehnde. Er legte schon konkrete Planungen vor.

Die öffentliche Debatte um das Waldbad führte letztlich dazu, dass es zu einer für Sehnde einmaligen Bürgerbefragung kam. Auf einem Fragebogen konnten sich die Sehnder entscheiden, ob sie für eine Sanierung des Bades mit Chlorwassertechnik, für ein Naturbad oder aber für den Erlebnissee in Rethmar votieren wollten. Das Ergebnis war eindeutig: Eine Mehrheit war für das Waldbad mit Chlorwassertechnik und ein separates Planschbecken.

Befragt wurden 21.464 Bürger ab 6 Jahren. Abgestimmt haben 3.655 (17,3%).

Fazit: Vier von fünf der abstimmenden Sehnder wollen ihr Waldbad erhalten. Nun musste der Rat entscheiden. Man machte es sich nicht leicht und entschied sich zu einer Lösung, die Betriebskosten und Freizeitqualität einigermaßen in Balance brachten. Nach aufwendiger Beckensanierung mit

moderner Überlauftechnik wurde die Anlage mit Energie sparender Technik auch im Bereich der Sanitäranlagen ausgestattet.



Wasserpilz

Das Planschbecken für die Kleinsten wurde separat und nicht auf das Sonnendeck im Nichtschwimmerbereich gebaut. Ein neuer 3m-Sprungturm, ein Wasserpilz, Sprudler und diverse Extras erhöhen den Badespaß. Verbesserungen waren vorgesehen im Außenbereich.

Kosten der Sanierung:

Runde 1.6 Millionen Euro, ein richtig dicker Brocken im Haushalt Sehndes.

Aber der Aufwand hat sich gelohnt, wie die Besucher der **Eröffnung am 28. August 2010** mit 400 Gästen feststellen konnten. Bürgermeister Lehrke dankte allen am Bau Beteiligten für ihre Arbeit. Besonders DLRG und Waldbadfreunde hob er hervor. Der Umbau ist gelungen und die 75 Jahre alte Badeanstalt hat sich ihren idyllischen Charme erhalten, ist mit zeitgemäßer Technik ausgestattet und mit ihren diversen Extras eine Einrichtung, die Spaß macht. Hier können Schüler, wie Generationen vor ihnen, das Schwimmen lernen. Das Bad ist für alle Sehnder Ortsteile gut erreichbar.

Mit einem fröhlichen Fest feierten die Sehnder ihr umgebautes und modernisiertes Waldbad.

Golf - Platz

1990 bestand von zwei Interessenten die grundsätzliche Bereitschaft, in Sehnde einen Golfplatz zu bauen. Mehrere Standortideen wurden dazu entwickelt. Eine mögliche Fläche lag im Dreieck zwischen der B443 von Sehnde nach Wassel und Köthenwald. Die Verhandlungen mit den Interessenten zerschlugen sich jedoch. Inzwischen hatte sich der Rat der Gemeinde intensiv grundsätzlich mit dem Thema Golf befaßt. Nach Prüfung aller möglichen Auswirkungen einer solchen Anlage wurde die Bereitschaft signalisiert, eine entsprechende Bauleitplanung vorzubereiten.

Als Interessent verblieb der Golfclub Kronsberg, der mit seiner 1988 begonnenen Planung im Bereich Kronsberg am Widerstand der Stadt Hannover gescheitert war. Er hatte sich in der Zwischenzeit mit Haus Rethmar über den Erwerb der Fläche südlich des Kanals geeinigt. Nach Vorlage der Golfplatzplanung durch den Investor hat der Rat den Aufstellungsbeschluss (erster Schritt der Bauleitplanung) für den Bebauungsplan Golfplatz Rethmar am 25. April 1991 gefaßt.

Wegen des Flächenbedarfes und der über den Bereich der Gemeinde Sehnde hinausgehenden räumlichen und strukturellen Auswirkungen war der Golfplatz als regionalbedeutende Planung anzusehen, die auch dazu beitragen sollte, das sportliche und das Freizeitangebot in der Region zu erhöhen.

In die Planungen und das notwendige Raumordnungsverfahren durch den Zweckverband Großraum Hannover platzte die Stadt Hannover mit dem Ansinnen, in der unmittelbaren Nachbarschaft eine Klärschlammmonodeponie errichten zu wollen. Wie damals schon beinahe üblich, hatte Hannover weder die Gemeinde Sehnde noch die Öffentlichkeit über ihre Absichten informiert. Und wie die Stadt, und hier besonders der Hannoversche Umweltdezernent, handelten, ist genauer ausgeführt im Kapitel Umwelt- und Naturschutz.

Das Verhältnis zwischen Sehnde und Hannover wurde durch diese Unverschämtheit nachhaltig gestört.

Der Versuch Hannovers, durch Informationsmaßnahmen den entstandenen Schaden zu heilen, ging durch eigene Ungeschicklichkeit gründlich schief.

Aber auch der Großraum räumte der geplanten Klärschlamm-entsorgung hohe Priorität ein und verlangte von der Gemeinde die Zustimmung, dass nur 500 m entfernt vom Golfplatz eine entsprechende Deponie gebaut werden sollte. Die Bezirksregierung wurde eingeschaltet, damit das Raumordnungsverfahren endlich durchgeführt werden konnte. Die erhebliche zeitliche Verzögerung hatte zur Folge, dass der Golfclub Kronsberg entnervt aufgab: „Schon wieder mal an der Stadt Hannover gescheitert“. Allerdings hielt die Gemeinde Sehnde an dem Vorhaben fest, und schließlich teilte Hannover dem Großraum, (und - mal wieder - nicht der Gemeinde!!) mit, dass eine Klär-schlammmonodeponie in Rethmar nach neuester Gesetzeslage nicht mehr zulässig sei. Das Raumordnungsverfahren wurde fortgeführt und am 22.07.1994 abgeschlossen. Danach konnte das 1991 begonnene Bebauungsplanverfahren fortgesetzt werden.

Der Plan wurde schließlich am 08.02.1996 beschlossen. In der Zwischenzeit hatte sich ein Investor aus Hannover für die Planung interessiert und war eingestiegen. Nach Erwerb der erforderlichen Flächen wurde ein namhafter amerikanischer Golfplatzarchitekt mit der weiteren Planung und Durchführung

des Bauvorhabens beauftragt. Die kalkulierten Kosten dürften wohl deutlich überschritten worden sein, denn trotz Hinweisen von Fachleuten waren die zahlreichen importierten Baumaschinen den Bodenverhältnissen nur teilweise gewachsen. Leider konnte auch der in den Beratungen immer wieder geforderte öffentliche Fußweg durch die Anlage nicht verwirklicht werden. Zu groß ist die Gefahr, dass scharf geschlagene Golfbälle Passanten verletzen können. Nach Fertigstellung war aber schließlich ein attraktiver Platz entstanden, der in Golfbüchern wie folgt beschrieben wird:

„Die Golfanlage in Rethmar gilt als eine der besten in Deutschland und wurde von der Arnold Palmer Corp. gestaltet. Es ist ein Traum von Dünen-Course im niedersächsischen Binnenland. Auf 120 ha Fläche wurden 18 Löcher Golf vom Feinsten konzipiert, 18 Spielbahnen mit jeweils eigenem Charakter. Der Seen-, der Dünen- und der Hügelparcours fügen sich dabei zu einer Einheit zusammen, wie sie in Deutschland kaum noch einmal anzutreffen ist“.

Der Eigentümer kam mit seiner Anlage finanziell ins Straucheln. Die Pflege der Anlage wurde vernachlässigt. Inzwischen hat der Betreiber eines Golfplatzes in Gleidingen die Anlage gekauft. Er will sie wieder in den alten Stand versetzen. Die Kosten dafür werden von ihm auf rd. eine Mio. Euro geschätzt. Erster Teil des Vorhabens ist die Renovierung des

Clubhauses, das voraussichtlich schon im Mai 2015 mit einem Tag der offenen Tür vorgestellt wird. Der größte Teil der Investitionen wird aber für die Pflege und Begrünung der Plätze benötigt.

(Infos dazu aus dem Internet und der lokalen Presse)

Neujahrsempfänge

Bereits vor 1974 fanden in der Gemeinde Sehnde Neujahrsempfänge statt. Sie wurden exklusiv für geladene Gäste veranstaltet. Ihre Ausstrahlung ging über das Gemeindegebiet hinaus, nicht zuletzt, weil der damalige Bürgermeister Willi Schaper gleichzeitig Landrat des Landkreises Burgdorf war. Die Veranstaltungen fanden in der Kantine des Werkes Friedrichshall der Kali-Chemie in festlichem Rahmen statt. Nach der Gebietsreform hat die neue Gemeinde diese Tradition bis heute fortgesetzt, zunächst weiter in den Räumen von Friedrichshall, später im Dorfgemeinschaftshaus in Köthenwald. Nun finden sie im Forum statt, nachdem der Versuch, den Ratssaal zu nutzen, an seiner geringen Größe gescheitert war.

Zunächst wurde nach der Begrüßung und einem Kurzbericht zu aktuellen Fragen vor allem die Kommunikation mit den Gästen gepflegt. Eine kuriose Situation gab es 1975. Der eingeladene CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Ernst Albrecht aus

Ilten erschien überraschend als designierter Ministerpräsident. Die eigentlich gewollte Nachfolge des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Kubel scheiterte, weil die sozial-liberale Landtagsmehrheit nicht zu ihrem vorgeschlagenen Kandidaten stand. Der letzte und entscheidende Wahlvorgang stand zwar noch aus, gleichwohl wurde er von dem damaligen Bürgermeister Rißland (SPD) als neuer Ministerpräsident mit einem opulenten Blumenstrauß - natürlich rote Nelken - begrüßt.

Auch der besorgniserregende Einwohnerrückgang wurde 1979 zum Thema.

Bürgermeister Rißland empfahl, natürlich nicht ganz ernst gemeint: *„Die Sehnder sollen weniger fernsehen“*.

Spaß hin oder her, dieser Spruch hat es jedenfalls zu einer Schlagzeile im Anzeiger gebracht.

In den Folgejahren wurde immer häufiger diskutiert, ob Neujahrsempfänge in dieser Form überhaupt noch zeitgemäß und vertretbar sind. Es wurde ein neues Konzept entwickelt, das bis heute in den Grundzügen fortbesteht. Alle Einwohner werden eingeladen, Anmeldungen sind nicht erforderlich. Der Bürgermeister berichtet über die wesentlichen Entwicklungen im abgelaufenen Jahr. Außerdem wird jeweils ein Gastredner eingeladen, der sein Vortragsthema übrigens selbst bestimmen kann. Die Auswahl der Gastredner wird abwechselnd den im Rat vertretenen Parteien überlassen. Anschließend werden in

bescheidenem Rahmen Getränke und ein Imbiß für alle bereitgestellt und Gespräche mit den Bürgern gesucht. Die Kosten sind „überschaubar“. Es setzte sich die Einschätzung durch: Eine Kommunikationsmöglichkeit zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung in einer Größenordnung wie dort rechtfertigt den Aufwand allemal.

Manche der eingeladenen Redner gingen auch brisanten Themen nicht aus dem Weg. So referierte beispielsweise Oberkreisdirektor Droste (damals Verwaltungschef des Landkreises Hannover) 1989 über die Abfallbeseitigung aus der Sicht des Landkreises. Das war - nicht nur zu diesem Zeitpunkt - in Sehnde ein heißes Eisen. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass alle möglichen Abfallbeseitigungspflichtigen, neben dem Land Niedersachsen, der Landeshauptstadt Hannover auch der Landkreis Hannover, ihre Probleme in Sehnde abladen wollten. Oberbürgermeister Schmalstieg (damals noch ehrenamtlich tätig), der Ausführungen zur EXPO 2000 machte, kam mit seiner Aussage, auch die Umlandgemeinden an den Planungen zu beteiligen zunächst gut an.

Die Wirklichkeit sah später dann ganz anders aus.

Beim Empfang 1992 kritisierte Bürgermeister Henkel das Verfahren wie folgt:

„Hannover will allein entscheiden!

Eine Beteiligung findet nicht statt. Das kommunalpolitische Selbstentscheidungsrecht wird auf diese Art und Weise mit extrem lauter Blasmusik zu Grabe getragen“.

Im Allgemeinen waren aber die Themen zwar hoch interessant, aber meist ohne unmittelbare Brisanz aus Sehnder Sicht. Es waren bisher häufig illustre Gäste, die als Redner gewonnen werden konnten. So waren - mit Gerhard Schröder und Sigmar Gabriel zwei amtierende Ministerpräsidenten, mit Christian Wulff und David Mc Allister (beide als Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag) zwei künftige Ministerpräsidenten, mit Ursula von der Leyen eine Bundesministerin und mit Philipp Rösler ein künftiger Bundesminister - Referenten von höchster Prominenz angesagt. Anhand der Berichte, die die jeweiligen Bürgermeister zu den Sehnder Ereignissen abgaben, kann man die Entwicklung Sehndes und die Schwerpunkte in den einzelnen Zeiträumen gut ablesen.

Städtische Gesellschaften

Baugesellschaften

Mit der Gebietsreform ging die von der Gemeinde Ilten 1963 gegründete Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Ilten mbH (GWI) in das Eigentum der neuen Gemeinde über. Der bisherige Name wurde beibehalten. Die Gesellschaft hatte

nach den Leitlinien des Sozialen Wohnungsbaus in Ilten 43 Wohnungen gebaut und vermietet. Zunächst wurden nur die vorhandenen Wohnungen verwaltet. Erst 1992 wurde die Gesellschaft wieder aktiv. Sie errichtete weitere 26 Wohnungen im Ortsteil Sehnde und erwarb ein Mehrfamilienhaus in Bolzum. Zusätzlich übernahm sie den Wohnungsbestand der Gemeinde.

In der Zwischenzeit musste die Gemeinde Sehnde für zusätzliche Kita-Plätze sorgen.

Kostengünstige Komplettlösungen, die von Bauträgern angeboten wurden, kamen für die Stadt nicht infrage, gesetzliche Regelungen schlossen die Auftragsvergabe von „einem Stück Kindergarten“ aus. Der Kindergarten am Wilhelm-Henze-Weg, um den es sich dabei handelte, musste deshalb mit entsprechenden Beteiligungen komplett neu geplant und die Gewerke einzeln ausgeschrieben werden. Die Kosten hielten sich zwar im Rahmen der Schätzungen, sie waren aber für die klamme Gemeindekasse trotz der (gedeckelten) Zuschüsse des Landes und des Landkreises nur schwer zu tragen. Für weitere erforderliche Bauvorhaben musste deshalb dringend eine finanzierbare Lösung her. Der Vorteil einer Systembauweise, kombiniert mit einem privaten Bauträger, könnte dazu der Königsweg sein. Um alle Vorteile sowohl eines privaten Bauträgers als auch der Gemeinde auszuschöpfen, bot sich eine

gemeindeeigene Gesellschaft an. Geprüft werden musste zunächst, ob die Zuschüsse des Landes und des Landkreises auch bei einem solchen Modell gesichert waren.

Nachdem das geklärt war, wurde die inzwischen als Tochter der Iltener Wohnungsbaugesellschaft gegründete Wohnbau Sehnde GmbH 1996 damit beauftragt, zunächst in Rethmar einen Kindergarten nach den Richtlinien des Landes zu bauen und an die Gemeinde zu vermieten. Die Erfahrung mit diesem Modell, sowohl im Hinblick auf die Bauzeit als auch auf die finanziellen Auswirkungen, war außerordentlich positiv für alle Beteiligten. Die Möglichkeit, schnell und günstig zu bauen, war nicht nur auf der Kostenseite positiv zu verbuchen, auch die möglich gewordene Flexibilität war nicht zu unterschätzen. Auf dieser Basis wurden weitere Bauvorhaben verwirklicht. So konnten die Kitas Südtorfeld 1997, Bosenkamp 1998 und die Astrid-Lindgren-Schule 1998 errichtet und an die Stadt vermietet werden.

Die GWI erwarb in Ilten 2001 das ehemalige Rathaus und 2005 das alte Feuerwehrhaus, das z.T. für die Förderschule umgebaut wurde.

Für die städtischen Gesellschaften wurde 2001 als Anbau an das Rathaus in Sehnde ein eigenes Domizil errichtet. Das Geschäftsmodell fand auch Nachahmer. So wurde in Hohen-

hameln gemeinsam mit einer dortigen Gesellschaft eine Kindertagesstätte (Kita) gebaut.

Ein weiteres interessantes Bauvorhaben in Sehnde konnte ebenfalls nur durch eine eigene Gesellschaft verwirklicht werden. Auf dem Zuckerfabrikgelände sollte ein Kindergarten in ein Mehrfamilienhaus integriert werden. Aus städtebaulicher Sicht war ein Flachbau ausgeschlossen. Die dort tätigen privaten Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften sahen sich nicht in der Lage, den Vorstellungen der Stadt nachzukommen.

Bauherr und Vermieter der Kita wurde daher die GWI.

Die Wohnbau Sehnde GmbH wurde auch mit der Erschließung und Vermarktung von Neubaugebieten betraut. Mit den dort erzielten Überschüssen konnten die inzwischen offensichtlich gewordenen finanziellen Probleme der Muttergesellschaft zunächst ausgeglichen werden. Es war aber deutlich geworden, dass das Geschäftsmodell nicht genügend Erträge abwarf, um den Wohnungsbestand auf Dauer in einem ordnungsgemäßen Zustand zu halten. Ein Verkauf der GWI wurde als beste Möglichkeit für die Sicherung des bezahlbaren Mietwohnungsbestandes angesehen. Mit der ebenfalls im kommunalen Eigentum stehenden KSG Hannover wurde ein geeigneter Käufer gefunden. Der Kaufvertrag wurde 2005 abgeschlossen. Die GWI blieb weiter bestehen. 2010 wurde sie

mit der Wohnbau Sehnde GmbH zur Infrastruktur Sehnde GmbH fusioniert, die sich auch mit der Erschließung von Baugebieten befaßt.

Gesellschaften zur Ver- und Entsorgung

Ebenfalls mit der Gebietsreform wurde die neue Gemeinde Eigentümerin der Eigenbetriebe Wasserversorgung Sehnde und Ilten. Sie wurden zusammengelegt und durch einen technischen (Amtsleiter des Bauamtes) und einen kaufmännischen Werkleiter (Amtsleiter der Kämmerei) geführt, die die Geschäfte im Rahmen ihrer Beschäftigung in der Gemeinde erledigten. Im Jahr 2002 wurde geprüft, ob die Abwasserbeseitigung auch als wirtschaftlicher Betrieb geführt werden könnte. Die Vorteile einer solchen Lösung lagen auf der Hand. Eine echte Privatisierung wurde zwar überlegt, aber wieder verworfen, weil die Nachteile für die Nutzer vermutlich deutlich überwogen hätten. Außerdem wäre eine solche Lösung, weil es sich um eine hoheitliche Aufgabe handelt, nur in einer komplizierten Rechtsform möglich gewesen. Aber auch hier bot sich eine Lösung mit einer städtischen Gesellschaft an.

Die Stadtwerke Sehnde wurden gegründet, ihnen wurde die Wasserversorgung übertragen, sie übernahmen von der Stadt auch die Abwasserbeseitigung, die sie in deren Auftrag betreibt. Vorteil ist eine gemeinsame Verwaltung und

Geschäftsführung. Lieferant für Strom und Gas war nach der Fusion der HASTRA und der Landesgas die E.ON-Avacon (Gaslieferant für Ilten sind die Stadtwerke Lehrte).

Mit den Lieferanten waren zeitlich begrenzte Konzessionsverträge abgeschlossen, die die Benutzung der Straßen und Plätze regelte, daher ist eine Konzessionsabgabe fällig. Im Gegenzug wurde den Gesellschaften das Lieferungsmonopol zugestanden. In den Konzessionsverträgen war die Möglichkeit vereinbart, nach Zeitablauf die Leitungen zu kaufen, um dann über einen weiteren Betrieb zu entscheiden. Die Stadt hat sich nach Prüfung aller Optionen dafür entschieden, das Wagnis des Ankaufs der Leitungen einzugehen und mit einer eigenen Gesellschaft tätig zu werden. Nur so konnte der Einfluss auf die Geschäftspolitik gesichert werden. Nach schier endlosen Verhandlungen, bei denen man schon sehr deutlich merken konnte, dass die bisherigen Eigentümer verkaufsunwillig waren, konnte der Kauf zu einem positiven Abschluss gebracht werden.

Die 2006 gegründete Energieversorgung Sehnde - EVS - (Anteilseigner 70 % Stadt Sehnde, 30 % avacon) fungiert als Netzeigentümer. Die Netze sind an die avacon verpachtet, die die technische Betreuung gewährleistet. Der Energieverkauf (das Liefermonopol ist inzwischen entfallen) erfolgt durch die EVS, die für die kaufmännische Abwicklung zuständig ist. Die

Gründung der Gesellschaften und die Übernahme der wirtschaftlichen Betätigungen mit einer gemeinsamen Geschäftsführung ist für die Stadt ein Erfolgsmodell mit durchaus positiven finanziellen Auswirkungen.

Schulentwicklungsplanung und Umsetzung

Rahmenrichtlinien für die regionale Schulplanung

Das Niedersächsische Kultusministerium hatte schon mit Wirkung vom 01.02.1972 Rahmenrichtlinien für die regionale Schulplanung in Kraft gesetzt.

Deren Ziel war es, auf Landesebene ein ausgewogenes Bildungsangebot durch eine entsprechende Auswahl der Schulstandorte zu gewährleisten.

Ein weiteres Ziel war, die Voraussetzung für die notwendige Rationalisierung im Schulwesen im Sinne einer pädagogischen Leistungssteigerung und eines wirtschaftlichen Mitteleinsatzes zu schaffen.

Die Rahmenrichtlinien sollten die Grundlage für eine langfristige und fortzuschreibende regionale Schulplanung bilden. Schulzentren wurden aus ökonomischen Gründen und wegen der Vielfalt der pädagogischen Möglichkeiten favorisiert. Diese Vorgaben fanden auch Eingang in die Planungen für Sehnde. Der Gesetzgeber hatte dem Verband Großraum Hannover die Aufstellung eines Rahmenplanes für die Schulentwicklung

(unter Beachtung der Rahmenrichtlinien) verbindlich vorgegeben.

Die Aufgabe war nicht neu; die Landkreise waren schon vorher für die Schulentwicklung zuständig. Aber der neue Landkreis Hannover war zum Ringkreis um die Landeshauptstadt geworden, die bisherigen Landkreise waren in ihm aufgegangen. Die Schulentwicklungsplanung musste den neuen Gegebenheiten angepaßt werden, und das brauchte seine gewisse Zeit, zumal nicht alle Pläne übernommen werden konnten.

Besonders im Raum Sehnde waren die Verwaltungsstrukturen neu zu ordnen und abzustimmen.

Auch stand die flächendeckende Einführung der Orientierungsstufe in Niedersachsen bevor.

Mit Stand vom 01.07.1977 legte der Landkreis Hannover den über eine erste Bestandsaufnahme hinausgehenden Kreisentwicklungsplan

Schulen 1978 – 1983 – 1993 Grundlagen – Zielpläne – Durchführungspläne

vor. Für jeden Schulstandort im Grundeinzugsbereich einer Gemeinde wurde die Ist-Zahl der Klassenverbände bzw. Lerngruppen / die Zahl der Schüler in den Schulformen aufgeführt, die mittelfristige Entwicklung bis 1983 und die langfristige Entwicklung bis 1993, entsprechende Raumbedarfsberechnungen und ein Durchführungsplan für die Schulorganisation. Der

Schulentwicklungsplan ist nach Beratungen in den Ausschüssen vom Kreistag verabschiedet worden. Wegen der Wichtigkeit werden hier einige Seiten wiedergegeben, die den Schulstandort Sehnde wesentlich beeinflusst haben:

Begründung des Zielplanes für Sehnde

Mit der Ausweisung der Grundschul-Standorte Ilten, Rethmar, Sehnde folgt der Landkreis dem Bezirksschulplan. Höver ist mittelfristig entsprechend der örtlichen Schulentwicklungsplanung nicht mehr für eine Grundschule ausgewiesen, doch sollte geprüft werden, ob die Schulanlage weiterhin genutzt wird, u.U. für das 1. und 2. Schuljahr als Bestandteil der Grundschule Ilten.

Die Schülerentwicklung rechtfertigt es, das Bildungsangebot um ein Gymnasium mit Oberstufe zu vervollständigen.

Im Bezirksschulplan ist Sehnde als Standort für alle Schulen im Sekundarbereich I ausgewiesen, während die Schüler mit dem erweiterten Sekundar-I-Abschluss auf die gymnasiale Oberstufe in Lehrte überwechseln sollen.

Im Hinblick auf die organisatorische Einheit des Gymnasiums und die zu erwartende 4-Zügigkeit des Gymnasiums in den Jahrgangsstufen 11 - 13 ist eine Oberstufe vorzusehen. Mit einem Gymnasium in Sehnde wird die bisherige Benachteiligung der Schüler aus Sehnde ausgeglichen; der Anteil der

Gymnasialschüler – bezogen auf die Altersjahrgänge der 16- bis 18-jährigen - liegt mit 12,5 % weit unter dem Landesdurchschnitt von 20 % (gemäß Schülerstatistik 1975/76 des Großraumes Hannover).

Das Schulgebäude der Sonderschule in Ilten ist wegen alter Bausubstanz später aufzugeben. Mittelfristig kann die Grund und Hauptschule Ilten mitgenutzt werden. Längerfristig soll die Sonderschule ihren Standort in Sehnde haben.

Umsetzung der Zielpläne

Zur Zustandsbeschreibung der neuen Gemeinde Sehnde am 01.03.1974, dem Tage der Gebietsreform, gehört es auch, sich mit den Schulen zu befassen. Von Pisa war noch nicht die Rede, eines der Hauptprobleme war dennoch das Schulwesen.

Kinder wurden in den Grundschulen Müllingen, Wehmingen, Wassel, Höver, Ilten, Sehnde, Rethmar, Evern und Dolgen beschult, in zum Teil richtigen Zwergschulen. Bolzumer Schüler, die bisher die Grundschule Lühnde besuchten, mussten nun nach Sehnde, weil Lühnde nicht zum Landkreis Hannover gehörte.

TABELLE 4

Stand: 1. 9. 1977

Zielpläne — Schulstandorte, Bildungsangebote und Schulzugangsbereiche Sehnede

Schulstandort	Bereich (§ 4 NSchG)	Schulform Berufsfeld Fachrichtg.	Bestand		Mittelfristiger Zielplan 1983				Langfristiger Zielplan 1993				
			Klassenzahl/ Schülerzahl	Schülerzahl	Einzugsbereich	Jahrgangsstärke i. M.	Anteil in %	Schüler/ Jahrgang	Sonstige Angaben	Einzugsbereich	Jahrgangsstärke i. M.	Anteil in %	Schüler/ Jahrgang
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Höver	P	GS	5/140	Höver				Schule wird umgebaut, um ein Gymnasium zu werden GS 3zählig	wie Spalte 5				
Itten	P	GS	8/191	Bilim Itten	60	95	57			62	95	59	VK 3zählig GS 3zählig
Rethmar — Dolgen	P	GS	5/98 2/49	Rethmar Dolgen Evern Haimar	26	95	25	VK 1zählig GS 1zählig Das Gebäude Dolgen wird nicht mehr schulisch genutzt	wie Spalte 5	28	95	27	VK 1zählig GS 1zählig
Sehnede — Wasel — Wehmingen	P	GS SK GS GS	19/480 2/21 1/27 2/39	Sehnede Bolzum Grenenberg Klein Lobke Müllingen Wasel Wehmingen Wirringen	97	95	92	SK 1zählig GS 4zählig Die Gebäude in Wasel u. Wehmingen werden nicht mehr schulisch genutzt	wie Spalte 5	120	95	114	VK 5zählig GS 5zählig
Itten	SI	HS	9/195	Höver Bilim Itten				Die Hauptschulen werden bei Erweiterungen der OS- und Fertigstellung des SZ aufgehoben					
Rethmar	SI	HS	4/90	P Rethmar									
Sehnede	SI	OSK HS	— 11/316	Gemeindegebiet wie vor	286 272	95 45	272 122	OS 9zählig HS 4zählig 10. Kl. 1zählig	wie Spalte 5 wie Spalte 5	190 181	95 40	181 73	OS 7zählig HS 3zählig 10. Kl. 3zählig
		RS Gy	22/853 —	wie vor wie vor	272 272	30 25	82 66	RS 3zählig Gy 2zählig	wie Spalte 5 wie Spalte 5	181 181	30 30	54 54	RS 2zählig Gy 2zählig
	S II	Gy	—	wie vor					wie Spalte 5	200	30	60	Gy 4zählig muß beobachtet werden
Itten (Sehnede)	P SI	SoS, L	2/29 6/85	wie vor	183 286	4,4 4,4	8 12	SoS, L P 1zählig SoS, L S 1 zählig 10. Kl. nach Lehre	wie Spalte 5 wie Spalte 5	210 190	4,4 4,4	9 8	SoS, L P 1zählig SoS, L S 1 zählig 10. Kl. 1zählig

Hauptschulen gab es in Ilten, Rethmar und Sehnde, dort war auch die Realschule angesiedelt. Diese Schullandschaft passte nicht mehr in das damals gültige Konzept. Allein die geplante Einführung der Orientierungsstufe (Klassen 5 und 6) machte eine Neuorganisation und die Schaffung zusätzlicher Räume erforderlich.

Eine gemeinsame Bereisung aller Sehnder Schulen durch Vertreter des Rates, der Verwaltung und der Elternräte im September 1976 machte deutlich: Keine der Sehnder Schulen war ohne Probleme. Die Sicherheit der Schulwege machte große Sorgen. Eine gewisse Entspannung der Lage erhoffte man sich durch den geplanten Bau des Schulzentrums. Rat und Verwaltung machten sich an die Arbeit, um die zersplitterte Schullandschaft den neuen Erfordernissen anzupassen.

1976: Der Rat tagte öffentlich in der Aula der Wilhelm-Raabe-Schule in Ilten vor vielen Zuhörern. Nach ausführlicher, durchaus auch kontroverser Debatte, beschloss der Rat: Für 17 Mio. DM wird in Sehnde ein Schulzentrum mit Sporthalle errichtet. Von den Gesamtkosten entfallen rund 12 Mio. DM auf die Schule, 2,3 Mio. DM auf die Sporthalle und 950.000 DM auf die Freisportanlage am Trendelkamp. Es wird mit einer Gesamtbauzeit von 1,5 bis zu 2 Jahren gerechnet.

Dezember 1976: Grundsteinlegung für das Schulzentrum; schon nach 18 Monaten konnte das Richtfest auf der Baustelle gefeiert werden.

Im **September 1977** erfolgte die Einweihung der Sporthalle. Aber Pech für Sehnde: Durch einen Wolkenbruch am 05. Juni des folgenden Jahres wurde das Flachdach der neuen Halle zum Einsturz gebracht. Nur das umsichtige Verhalten eines Übungsleiters verhinderte in letzter Minute, dass es zu Personenschäden kam.

1977: Der Rat sprach sich für die Selbstständigkeit der am 01.08.1978 startenden Orientierungsstufe aus, für die die Gemeinde rechtzeitig die räumlichen Voraussetzungen mit dem Bau des Schulzentrums geschaffen hatte.

Im **Oktober 1978** war dann die offizielle **Einweihung des Schulzentrums** durch Landrat Jürgen Bauermeister, der die Entscheidung der Gemeinde goldrichtig nannte. Das vollbesetzte Forum wurde mit einem festlichen Konzert seiner Bestimmung übergeben.

Ehrenbürger und Altbürgermeister Willi Schaper brachte es auf den Punkt:

„Die Gemeinde hat hier und an dieser Stelle eine Schule gebaut, die sich sehen lassen kann.“

Er schloss seine Worte mit einem herzlichen „Glück Auf“.
(siehe *Die Zeitreise 3*)

Erinnert werden soll an dieser Stelle an die emotionale und durchaus politisch kontroverse Auseinandersetzung.

Hierzu einige Stichworte:

- *Minigymnasium ländlicher Prägung*
- *Sehnder Einrichtung macht Lehrter Gymnasium kaputt*
- *wenn überhaupt, dann nur Sekundarstufe I und keinesfalls mit Gymnasialer Oberstufe*
- *höchstens Dependence des Lehrter Gymnasiums*
- *mangels Masse nicht lebensfähig, usw. usw.*

1979: Erste konkrete Forderungen nach einem eigenen Sehnder Gymnasium werden laut.

1979: Die Frage, ob in Bolzum eine neue Schule entstehen soll, ist in der Diskussion und noch nicht endgültig entschieden.

1985: sechs Jahre später herrscht Raumnot an allen Sehnder Grundschulen!

1997: Die Grundschule Sehnde platzt aus allen Nähten. Der Gemeinderat beschließt den Bau einer zweiten Grundschule in Sehnde (Astrid-Lindgren-Schule) statt in Bolzum, in Zusammenarbeit mit der gemeindeeigenen Sehnder Wohnbau GmbH. Im **September 1998** beginnt die Schule 1,5-zügig mit 5 Klassen, da der Landkreis die von Sehnde dringend gefor-

derte 2-Zügigkeit abgelehnt hatte. Schon 2 Jahre später wurde die Erweiterung nötig, da nunmehr 165 Kinder in 8 Klassen beschult werden mussten.

2008: 10 Jahre Astrid-Lindgren-Schule



Schulsituation heute

Zur Beschreibung der Schulsituation heute reicht es sicherlich, nur kurz auf Probleme einzugehen; an den Schulen bzw. in den Schulen herrscht ein geringer Fachraumangel, aber:

- Die Astrid-Lindgren-Schule fährt weiterhin zum Sportunterricht nach Bolzum - mit allen damit verbundenen Nachteilen;
- die KGS wartet auf den Baubeginn für das Selbstlernzentrum und das große Lehrerzimmer für z.Zt. 150 Lehrerinnen und Lehrer, dem der Rat im Prinzip zugestimmt hat,
- die KGS verfügt - entgegen aller früher geäußerten Prognosen - über eine Gymnasiale Oberstufe mit fast 300 Schülerinnen und Schülern!

Die Schülerzahlen im Überblick:

Schule	22.08.2012	22.08.2013	22.08.2014	Prog. 2020/21
Grundschulen	877	866	862	793
Höver	94	83	86	103
Ilten	135	145	174	150
Rethmar	151	146	155	130
Sehnde Breite Straße	317	325	297	216
Sehnde Astrid Lindgren	180	167	150	194
Kooperative Gesamtschule	1754	1753	1729	1586
davon im Hauptschulzweig	143	132	134	
davon im Realschulzweig	629	637	597	
davon im Gymnasialzweig	983	984	998	
in Sekundarstufe I	726	696	699	
in Sekundarstufe II	257	288	299	

Feuerwehr

Die bis dahin 15 Gemeinden brachten mit der Gebietsreform ihre freiwilligen Feuerwehren in die neue Gemeinde ein und vereinbarten im Gebietsänderungsvertrag einen Bestandschutz als Ortsfeuerwehren. Feuerwehren sind kein Selbstzweck. Sie sind Einrichtungen der Städte und Gemeinden, es gehört zu ihren Pflichtaufgaben, eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehr aufzustellen, auszurüsten, zu unterhalten und einzusetzen. Gemeinden ohne Berufsfeuerwehr müssen eine freiwillige Feuerwehr aufstellen. Deren Mitglieder verrichten ihren Dienst ehrenamtlich nach dem Motto retten - löschen - bergen - schützen.

Neben der Einsatzabteilung können andere Abteilungen eingerichtet werden, insbesondere Kinder- und Jugendfeuerwehren.

Kann eine Gemeinde die Aufgaben nicht durch eine Berufs- oder Freiwillige Feuerwehr sicherstellen, muss sie eine Pflichtfeuerwehr aufstellen. Diese funktioniert ähnlich wie früher der Wehrdienst, denn zum Dienst ist verpflichtet, wer entsprechend herangezogen wird.

Übergeordnete Aufgaben obliegen den Landkreisen, hier der Region.

Die Ortsfeuerwehren werden von Ortsbrandmeistern geleitet, sie sind dem Gemeinde- / Stadtbrandmeister unterstellt. Diese

Führungskräfte werden von den Feuerwehren vorgeschlagen und vom Rat der Stadt jeweils für eine Amtszeit von sechs Jahren bestellt. Erster Gemeindebrandmeister nach der Gebietsreform war der Iltener Wilfried Paulmann, der bisherige Unterkreisbrandmeister für die südlichen Gemeinden des aufgelösten Landkreises Burgdorf. Es folgten Heinrich Brandes, Müllingen, Heinrich Hüsich, Rethmar, Detlev Hilgert, Müllingen, Detlev Fach, Sehnde. Der aktuelle Stadtbrandmeister (gerade für eine weitere Amtszeit wieder gewählt) ist Jochen Köpfer aus Ilten.

Der Ausrüstungsstand 1974 entsprach dem damaligen technischen Standard.

Die vorhandenen Fahrzeuge sind in den Folgejahren turnusgemäß wegen ihres Alters oder weil die Ersatzteilversorgung nicht sicher gestellt war, ersetzt. Die neue (zulässige) Fahrzeuggeneration war teilweise erheblich größer als die bisher genutzten Fahrzeuge. Das hatte Auswirkungen auf die Unterstellmöglichkeit in den Feuerwehrräumen, sie waren in einigen Fällen schlichtweg zu klein und entsprachen in vielen Fällen auch nicht mehr den geforderten Standards hinsichtlich der Aufenthaltsräume, der Umkleidemöglichkeiten und der sanitären Anlagen. Lediglich das Feuerwehrhaus Haimar war erst kurz vor der Gebietsreform neu gebaut, inzwischen aber völlig unzureichend, ein Neubau wird zur Zeit geplant. In Klein

Lobke hatte die Feuerwehr durch Umbau der alten Schule eine auskömmliche Unterkunft. Handlungsbedarf bestand vor allem für die Sanitäreinrichtungen durch die möglich gewordenen Aufnahme weiblicher Mitglieder. Allerdings musste der eine oder andere Ortsbrandmeister durch sanften Druck dazu gebracht werden, Frauen in seine Männerdomäne aufzunehmen. Heute sind sie nicht mehr wegzudenken.

Nach und nach sind deshalb alle Feuerwehrhäuser bis auf die letztgenannten unter tätiger Mithilfe der Feuerwehren um- und ausgebaut oder es wurden neue Gebäude errichtet, wie in Bilm, Höver, Ilten, Wassel und zuletzt in Müllingen. Die Suche nach einem Standort für ein neues Feuerwehrhaus für Wirringen artete zu einer unendlichen Geschichte aus, zumal zwingender Handlungsbedarf bestand. Alle für einen Bau geeigneten Grundstücke standen nicht zur Verfügung. Weil auch in Müllingen Probleme mit dem inzwischen teilerneuten Haus bestanden, wurde lange über die Möglichkeit eines gemeinsamen Feuerwehrhauses für beide Ortsfeuerwehren verhandelt. Schließlich einigten sich beide Feuerwehren auf eine solche Lösung. In dem neu gebauten Feuerwehrhaus in Müllingen an der Grenze zu Wirringen fanden beide Ortsfeuerwehren in getrennten Räumlichkeiten ihre Heimat. Inzwischen ist die Fusion beider Feuerwehren erfolgt.



Feuerwehrhaus Müllingen - Wirringen

Ein ähnliches Problem gab es vorher schon in Gretenberg. Dort war nur eine Garage ohne zusätzliches Grundstück vorhanden. Um einen Aufenthalts- und Schulungsraum zu erstellen, musste ein separates Grundstück gefunden werden. Auch hier war die Suche nicht einfach, bis ein Grundstück angepachtet werden konnte, auf dem eine Containerlösung verwirklicht wurde. Inzwischen war die Mindeststärke der Feuerwehr nicht mehr sicher gestellt. Die selbständige Ortsfeuerwehr wurde aufgelöst und in die Feuerwehr Klein Lobke integriert.

Auch die Schwerpunktwehr Sehnde litt unter massiven Platzmangel. Sie hatte deshalb 1983 beantragt, das vorhandene Gebäude zu erweitern oder einen Neubau zu errichten. Der bisherige Standort an der B65, westlich des Steinweges, kam

wegen des Grundstückszuschnitts und der problematischen Verkehrsanbindung nicht infrage. Ein Neubau war aber für die Stadt kaum finanzierbar. Also wurden Alternativen gesucht. Durch die Insolvenz des Bauunternehmens HUTA-Hegerfeld konnte deren Grundstück mit einem geeigneten Gebäudebestand im Gewerbegebiet Borsigring erworben und umgebaut werden. Kompromisse waren allerdings nötig, z.B. ist die Zu- und Ausfahrt nur über den Hof möglich, weil an der Straße die Aufstellmöglichkeiten für die Fahrzeuge nicht ausreichen. 1988 ist das Gebäude an die Feuerwehr übergeben. Neben der Ortsfeuerwehr und der Gemeindefeuerwehr konnten auch DRK und Rettungsdienst untergebracht werden.

Die Feuerwehr der Stadt Sehnde besteht nach dem Feuerwehrbedarfsplan aktuell aus 13 Ortsfeuerwehren. Die Ortsfeuerwehr Sehnde ist Schwerpunktfeuerwehr, Ilten und Höver sind Stützpunktfeuerwehren, alle anderen sind solche mit Grundausstattung. Allen Ortsfeuerwehren sind zusätzlich Sonderaufgaben zugewiesen. Die Sehnder Feuerwehr hatte 2014 insgesamt ca. 550 aktive Mitglieder und verfügte über 33 Fahrzeuge (einschließlich zweier Bundesfahrzeuge für den Katastrophenschutz) und 4 Anhänger.

Immer wichtiger wird die Aufgabe der Nachwuchsförderung.

Deshalb wurden in den meisten Ortsfeuerwehren Jugendfeuerwehren (Mitgliederstand 2014 ca. 190) und Kinderfeuerwehren (Mitgliederstand 2014 ca. 150) eingerichtet.

Umwelt- und Naturschutz

Sehnder Umweltprobleme waren durchgängig gekennzeichnet von der Absicht anderer, hier ihre eigenen Sorgen mit Altlasten, Gift- und Sondermüll, Deponien jeglicher Art oder dem Bau von Kraftwerken loszuwerden. In den meisten Fällen konnte sich die Gemeinde zusammen mit ihren engagierten Bürgern erfolgreich zur Wehr setzen. Und das hatte absolut nichts mit dem berühmten „St.-Florians-Prinzip“ zu tun, sondern mit den hier zur Genüge vorhandenen Belastungen.

1982: Bei einer Podiumsdiskussion in Höver wurden Pläne der Stadtwerke Hannover, in Kooperation mit der Firma Nordzement, in Höver ein Heizkraftwerk mit Kohlebefeuerung für die Energieversorgung zu errichten, vorgestellt. Den Aussagen der Planer, dass moderne Kraftwerke, die veraltete Anlagen ersetzen, durchaus auch ein Beitrag zum besseren Umweltschutz seien, standen Befürchtungen der Anlieger und Nachbarn entgegen, man wäre dann erhöhten Belastungen durch Kohlendioxyd und anderen Schadstoffen unmittelbar ausgesetzt. Auch die vorgesehene Lagerfläche für das Brennmaterial im Bereich der schützenswerten Höverschen Kanal-

kippen mit ihren seltenen Pflanzen sorgte für erheblichen Unmut. Zudem liegt die von den Stadtwerken überplante Fläche von ca. 20 Hektar nur knapp 500 m von der ersten Bebauung Hövers entfernt. Für große Erleichterung sorgte dann 1984 die Entscheidung des Wirtschaftsministeriums in Hannover: Das Heizkraftwerk Höver darf nicht gebaut werden. Die Stromanlieferung der Preußen Elektra an die Landeshauptstadt Hannover ist günstiger als die Stromerzeugung in einem Kraftwerk Höver.

1985/1986: Im Raum Dolgen / Schwichelt sollte eine Sondermülldeponie entstehen. Die dort unter dem Leierberg anstehenden dichten Tonschichten waren den Befürwortern Anlass genug, diesen Standort auszuwählen.

Der Niedersächsische Umweltminister Dr. Werner Remmers, der sich in Sehnde einer öffentlichen Diskussion zu dem Thema stellte, bekam scharfen Gegenwind zu spüren. Schrille Pfeife, Zorn, Gelächter und Empörung begleiteten seine Ausführungen. „Für Giftmüll kommen wohl für euch nur Dolgen und Schwichelt in Frage“, schallte es ihm von empörten Landwirten entgegen. Zum Erbkönig verballhornt wurde der Minister auf einem Transparent: „Wer reitet so spät durch Nacht und Wind? Das ist Remmers, sucht Ton, der spinnt!“

Die Gegner des Vorhabens bekamen prominente Hilfe. Gerhard Schröder, vor seiner Wahl zum Ministerpräsidenten,

sagte dazu in Sehnde: „Den Müll einfach nur in die Landschaft zu kippen ist keine Lösung.“ Auch die Pläne, den Müll stattdessen unterirdisch in das Salzbergwerk in Ilten zu verbringen, scheiterten.

Aber, kaum war dieses Ansinnen erfolgreich abgewendet, gab es neue Pläne. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Sehnde in Sachen Abfallpolitik immer die ungeliebte Rolle des Favoriten übernehmen sollte.

In besonders schlechter Erinnerung bleibt das Vorgehen des Hannoverschen Umweltdezernenten Mönninghoff, der Hannoverschen Klärschlamm in Klein Lobke oder Rethmar deponieren wollte. Die dort vorhandenen Tonschichten seien besonders geeignet für eine Deponierung bis es Möglichkeiten gäbe, daraus Dünger für die Landwirtschaft herzustellen.

Um diese Pläne, von denen die Gemeinde Sehnde erst mit einiger Verspätung erfuhr (der Bürgermeister wörtlich: „Uns ist fast die Luft weggeblieben!“), vor Ort vorzustellen, hatte Herr Mönninghoff peinlicherweise zu einer Informationsveranstaltung im „Lehrter! Ortsteil Ilten“ (Grillhaus Steiner) eingeladen. Dort erklärte er u.a., eine Lagerung oder Verwertung sei im Hannoverschen Stadtgebiet nicht wünschenswert. Viel besser eigneten sich dafür Klein Lobke oder Rethmar. Gemeindegeldirektor Vollbrecht nannte das eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen. Auf dem Land wohnten wohl nur Deppen, die man

ruhig vergiften könne. Der Rat teilte diese Empörung und auch die Stellungnahme der Bürgerinitiative Dolgen / Evern, die Mönninghoff Skrupellosigkeit vorwarf und forderte, Sehnde dürfe nicht zur Kloake Hannovers degradiert werden.

Kaum war dieses Thema vom Tisch, gab es neues Unge- mach. Das nahe der Gemeindegrenze gelegene Kraftwerk Mehrum war von Gutachtern als geeigneter Standort für eine Müllverbrennungsanlage genannt worden. „Mit uns ist das nicht zu machen“, so Bürgermeister Bernd Henkel und kündigte energischen Widerstand der Bürger an. Dieser führte dann letztlich zum Scheitern der Pläne.

Ein weiteres Ansinnen des Umweltministeriums Niedersach- sens, in Sehnde auf der Kalihalde eine Restcharge Oxiton, ein Abfallprodukt, das beim Recyceln von Aluminium entsteht, als sog. Verwertungsmasse abzulagern, sorgte für Empörung. Das Material ist so hoch mit Salzen und Schwermetallen belastet, dass es auf Sondermüldeponien nicht gelagert werden darf. Sehnde hat diese Mogelpackung Oxiton und auch die Argumente des Ministeriums dankend abgelehnt.

Nach langer Diskussion wurde es dem Zementwerk in Höver erlaubt, nach genauester Prüfung u.a. Altauoreifen, Altöl, Flußspat, Ferro Carbon, Gießerei-Sande, Kohlenstaub, Alt- holz, Klärschlamm und sogar die Filterpressenkuchen genann- ten Rückstände aus der Produktion der Seelzer Fa. Riedel de

Haen in ihrem Zementofen zu verbrennen. Diese sog. Sekundärbrennstoffe verringern nicht nur den Verbrauch fossiler Brennstoffe, sondern die hohen Brenntemperaturen des Ofens vernichten gleichzeitig schädliche Furane und Dioxine, so die Auskunft der Fachleute. Alle diese Vorhaben wurden vom Höverschen Zementwerk öffentlich und ausführlich dokumentiert.

Eine fast unendliche Geschichte, der Verbleib von Bypassstäuben aus den Filtern des Zementofens in Höver, fand nach 15 Jahren ein gutes Ende. Der beim Brennen des Klinkers anfallende Filterstaub, runde 110.000 Kubikmeter, war seinerzeit im alten Steinbruch abgekippt worden und es wurde befürchtet, dass durch Auswaschungen kontaminiertes Wasser in die Umwelt gelangen könnte. Das Material ist nach langer Begutachtung nun regendicht abgedeckt, mit Bentonitplatten abgesichert, so dass nichts mehr nach außen gelangen kann. Kosten nach Auskunft des Werkes 105 Mio. DM.

Sehnde hat viel Positives für den Bereich Umweltschutz initiiert und immer gemeinsam mit den Betroffenen und Nutzern auf den Weg gebracht - wenn es manchmal auch erst eines reinigenden Sommergewitters (wie die Presse freundlicherweise titelte) bedurfte.

In Sehnde wurde zum Tag der Umwelt die Broschüre „Nehmt Sehnde in Schutz“ kostenlos verteilt. Sie enthält wertvolle Tipps zum Umweltverhalten und alle Daten und Telefonnummern zum Thema. Die Sehnder Umweltgespräche wurden eingeführt, Schutzsatzungen für ortsbildprägende Bäume, Wegeseitenränder, Gräben und Brachflächen erlassen, die Abwassersatzung nach neuestem Recht auf den Weg gebracht. Per Ratsbeschluss wurde entschieden: Bei kommunalen Bauten darf in Zukunft kein Tropenholz mehr verwendet werden. Feld- und Flurwarte wurden ernannt, die mithelfen und vor Ort Obacht geben sollen. Natürlich ging das nicht problemlos vonstatten. In Erinnerung wird bleiben, dass es bei Bekanntwerden der geplanten Schutzsatzung für Bäume in Evern eine törichte Aktion gab. Hier wurde völlig sinnlos eine über 100 Jahre alte, kerngesunde Ulme von deren Besitzer gefällt. Dazu hatte dieser seinen Ortsbürgermeister mit der Bemerkung eingeladen, er möge doch zu dieser „Feier“ eine Kiste Bier mitbringen!! Gott sei Dank blieb so etwas die Ausnahme.

Nach intensiven Beratungen wurde entschieden, dass die Kalihalde in Sehnde mit recycelten und genau beprobten Materialien abgedeckt und anschließend begrünt wird. Auf diese Art sollen erhebliche Mengen Haldenwässer gebunden werden und nicht mehr Gräben und Gewässer mit ihrer Salzfracht belasten.



Blick auf die noch nicht begrünzte Halde

Dieses Vorhaben, zunächst müde belächelt und auch mit Unverständnis begleitet, hat sich als ein wahres Erfolgsmodell entwickelt.

Andere Standorte mit Rückstandshalden sind hoch interessiert. So bereiste eine Delegation aus Wathlingen im Sommer dieses Jahres die Sehnder Halde und stellte erstaunt fest, dass die Begrünung des Rückstandsberges nicht nur eine Pflichtaufgabe der Kali und Salz ist, sondern sowohl für die Natur als auch für die Stadt eine große Bereicherung bedeutet. Das Ergebnis überzeugte die Besucher ebenso wie die Aussage von Bürgermeister Carl-Jürgen Lehrke, der das alle drei Jahre stattfindende Bergfest als eine von Tausenden Besuchern gern besuchte Veranstaltung bezeichnete, die

Sehnde weithin bekannt gemacht hat und bei der immer auch neue Gedanken für eine spätere Nutzung diskutiert und sicher auch dann verwirklicht werden. Anfängliche Lärmbelästigungen durch anfahrende Lieferfahrzeuge und Staubentwicklung beim Brechen des angelieferten Materials sind im guten Einvernehmen mit Kali und Salz und der Bürgerschaft gelöst worden.



Windräder auf dem Hassel

Windräder als alternative Energiequellen auch in Sehnde aufstellen zu müssen führte zu hitzigen Debatten um die Standorte.

Um die notwendigen und geforderten Anlagen nicht einfach irgendwo aufstellen zu können, beschloss der Rat, dies in Bebauungsplänen zu regeln. So hat man größere Ein-

flussmöglichkeiten und kann auch festlegen, welche Ausgleichsmaßnahmen wo entstehen sollen.

Die genannten Punkte sollen beispielhaft zeigen, was auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes auch von einer Kommune geleistet werden kann.

Unter der Überschrift „Soziale Nachhaltigkeit - Lösung der gesellschaftlichen Probleme“ wurde in Sehnde eine Lokale Agenda 21 erarbeitet. Es handelt sich um eine gemeinsam im direkten Kontakt von Politik, Verwaltung und mit engagierten Bürgern aus allen gesellschaftlichen und beruflichen Kreisen erstellte Handlungsanweisung für das 21. Jahrhundert, bei der auf Initiative der Vereinten Nationen das Prinzip des „nachhaltigen Handelns“ und die Frage: „Wie wollen wir alle in der Zukunft leben?“ im Vordergrund steht. Auf einer Auftaktveranstaltung mit Hiltrud Schröder, der durch ihr Engagement für Tschernobyl bekannten Umwelt- und Naturschützerin, die heute Sehnder Bürgerin ist, wurde verdeutlicht, wie ein Aktionsplan und wie Empfehlungen für eine Politik, die Ökonomie, Ökologie und Soziales auch hier in Sehnde unter ein Dach bringt, gemeinsam mit den Bürgern verwirklicht werden kann.

„Global denken - lokal handeln“

unter diesem Motto sollen die Wünsche und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger im Dialog ermittelt werden und

Grundlage für weitere Agenda, für Initiativen und für Projekte sein.

Vereine

Die Stadt Sehnde hatte 2014 132 Vereine und Verbände. Viele haben weniger als 7 Mitglieder und bestehen nur aus dem Vorstand. Unter den vielen kleinen Zusammenschlüssen ist der Röder-Club zu nennen, der lediglich eine Veranstaltung im Jahr organisiert. Der größte mit weit über 1.000 Mitgliedern und 13 verschiedenen Sportarten ist der TVS Sehnde. Bei allen nicht im Register eingetragenen Vereinen haftet nicht der Gesamtverein, sondern der oder die „Handelnde“.

9 Chöre (Kinder- Frauen - Männer) und 7 Musik- und Spielmannszüge bilden den größten Anteil der „Nicht-Sportvereine“.

Eine Broschüre „Sehnde - ganz nah' draußen“ und ein Handzettel des Sportringes, die in der Stadtverwaltung ausliegen und alle 5 Jahre neu aufgelegt werden, enthalten mehr Einzelheiten.

Besondere Sportarten für Sehnde sind u. a.: Rudern, Bogenschießen, Golf spielen, mit Polizeihunden Sport treiben, Motorboot fahren, Schach spielen, Vorderladerschießen, Eisstockschießen, Radsport, Hockey und Karate.

Die Vereine des Sportringes hatten 2001 8.355 und 2013 7.329 Mitglieder. Der Grund der Abnahme bei den Mitgliedern

im Laufe der letzten 40 Jahre Sehnde kann nicht ermittelt werden, weil Unterlagen fehlen.

Sportring

Nach der 1. Gemeinderatssitzung Sehnde bildeten 1974 u. a. Hartmut Tyll, 1. Vorsitzender TVE Sehnde, Manfred Reißland und Reimund Wohlgemuth, beide Mitglieder des Gemeinderats, eine Gesprächsrunde zur Förderung des Sehnder Sportes. Sie suchten zunächst einen „Sprecher“ aus den Reihen der Sporttreibenden Vereine, sofern diese auch Mitglied des Landessportbundes waren. Die Person sollte nicht Mitglied des Rates sein. Die Voraussetzungen erfüllte Hartmut Tyll. Dieser lud die Vorsitzenden der Sehnder Vereine zu einer Sitzung ein. Allerdings waren nicht alle Vorsitzenden gekommen. Die Vorstände der kleineren Vereine hatten Bedenken, dass die großen Vereine des Ortes Sehnde sich über ihre Anliegen hinweg setzen würden. Die allgemeine Abneigung für einen derartigen neuen Verein überwog zunächst.

Hartmut Tyll übernahm dann aber doch den Vorsitz und wurde damit Sprecher aller Sportvereine. Die Interessengemeinschaft erhielt die Bezeichnung „Sportring Sehnde“. Erst 1993 gab sich der Sportring Richtlinien, die bis Ende 1996 vorläufig waren und jederzeit mit einfacher Mehrheit geändert werden konnten. Vor allen Dingen, so das Ziel der Richtlinien, dem

Sport in seiner Gesamtheit die angemessene Bedeutung in der Gesellschaft zu verschaffen.

Allerdings steht weiter in den Richtlinien: Der Sportring dient nicht dem wirtschaftlichen Erwerb, sondern ausschließlich gemeinnützigen Zwecken. Etwaige Überschüsse dürfen nur für den Sport verwendet werden. Letztlich hat jeder Verein pro angefangenen 300 Mitglieder eine Stimme, maximal drei Stimmen. Der Vorstand setzt sich aus dem 1. Vorsitzenden und dem Stellvertreter, dem Kassierer sowie dem Schriftführer zusammen.

Der Sportring ist ein nicht eingetragener Verein, er ist Mitglied des Regionssportbundes sowie diverser Ausschüsse.

Die Schützenvereine haben sich zusätzlich unter dem Dachverband „Schützen der Stadt Sehnde“ zusammengeschlossen.

Ab 2005 verschlechterte sich die Haushaltslage der Stadt. Alle Ausgaben kamen auf den Prüfstand. Der Sport hatte sich von 2007 bis 2010 an den Kosten für Energie und Säuberung der benutzten Sportstätten mit insgesamt 40.000,-- € zu beteiligen. Die Verwaltung und der 1. Vorsitzende des Sportrings legten Modelle vor, welchen Betrag jeder Verein zu zahlen hatte. In mehreren Sitzungen mit Mitgliedern des Sportringes wurde ein abgeändertes Modell der Verwaltung dem Fachausschuss der Stadt vorgelegt und angenommen.

Sportler-Ehrungen

Sehnde führt die Sportlerehrungen seit 1975 jährlich durch. Das Rahmenprogramm wurde zunächst ausschließlich von den Vereinen organisiert. Veranstaltungsort war eine Gaststätte mit Saal. Nach den Ehrungen wurde bei Livemusik getanzt. Eintrittskarten für 10,-- DM (für Kosten der Musiker) verkauften die Vereine. Falls keine oder weniger Karten verkauft wurden, hatten die Vereine die Kosten zu übernehmen. Dieses Vorgehen gab die Sicherheit für die Kostendeckung. Nach Fertigstellung des Schulzentrums (Kooperative Gesamtschule) wurden die Sportler-Ehrungen im Forum veranstaltet. Die Verwaltung übernahm nun die Kosten des Rahmenprogramms. Jetzt sind die Ehrungen durch eine Präsentation von Bildern des Sports lebendiger.

Es wird in drei Gruppen geehrt:

- a) Meisterschaftsteilnehmerinnen und -teilnehmer
- b) besondere Leistungen von Sportlerinnen und Sportlern - seit 1997 unterteilt in Einzelsportarten und Mannschaftssportarten - und
- c) für besondere Verdienste um den Sport.

Jeder Verein oder jede Person kann die Sportlerinnen und Sportler auf einem Vordruck zur Ehrung vorschlagen.

Volkshochschule Sehnde

Erwachsenenbildung und Kulturarbeit in Sehnde war schon vor dem Zusammenschluss der 15 Orte zur neuen Gemeinde Sehnde wesentlich durch das Engagement von Adolf Thölke geprägt, der sich über 25 Jahre um die Volkshochschularbeit und den Kulturkreis Sehnde große Verdienste erworben hat. 20 Jahre war er Leiter der Volkshochschule. Für diese ehrenamtliche Leistung wurde Adolf Thölke mit der Wappennadel der Stadt Sehnde, mit dem selten vergebenen Niedersächsischen Verdienstkreuz und mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

1975 unterbreitete die Stadt Lehrte der Volkshochschule Sehnde und der Gemeinde Sehnde das Angebot, die Volkshochschulen beider Gemeinden zusammenzulegen. Die inzwischen erreichte Größenordnung erforderte hauptamtliches Personal. Nach Beratungen in beiden Orten kam es zur Vereinbarung zwischen Lehrte und Sehnde über eine gemeinsame Volkshochschule. Trägerin war die Stadt Lehrte, deren bisheriger Volkshochschulleiter Bernd Raddatz zum hauptamtlichen Geschäftsführer bestellt wurde. Adolf Thölke wurde zum Leiter der Sehnder VHS Außenstelle berufen. Der Sehnder Rat stimmte der Vereinbarung zu. Man erhoffte sich dadurch eine bessere Entwicklung der Volkshochschularbeit, als es mit ehrenamtlichen Kräften möglich war. Das Angebot

umfasste Kurse zur Erlangung des Haupt- oder des Realschulabschlusses auf dem zweiten Bildungsweg, berufsfördernde Kurse, Elternseminare, Sprachkurse in Deutsch mit einem speziellen Angebot für Gastarbeiter, Fremdsprachenkurse sowie auch weiterhin das klassische Angebot einer Volkshochschule.

Die konstituierende Sitzung des Beirates fand am 18.12.1975 in Lehrte statt. Die Gemeinde Sehnde hatte drei Sitze. Zum Beiratsvorsitzenden und dessen Stellvertreter wurden die Herren Reinhardt und Luck gewählt.

Die Gründung des Zweckverbandes Volkshochschule Ostkreis Hannover

Unmittelbar nach der Gebietsreform (1974) wurde im neuen Landkreis Hannover über eine Neuordnung der Erwachsenenbildung beraten. Bei einem Anhörungstermin am 11.06.1975 in Ronnenberg wurde eine bessere Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Weiterbildungsangeboten diskutiert. Zwischen den Stadt- und Gemeindedirektoren von Burgdorf, Lehrte, Sehnde und Uetze wurde über die Bildung einer Volkshochschul-Zweckverbandes für 100.000 Einwohner gesprochen.

Am 25.10.1977 beschloss der Kreistag, fünf überörtliche Volkshochschulen - darunter einen Zweckverband der Kommunen Burgdorf, Lehrte, Sehnde und Uetze - zu fördern. Er

sicherte die Übernahme von 70% des bei den Trägern verbleibenden Zuschussbedarfs zu und übernahm als Starthilfe die Personalkosten für die erforderlichen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für die Verwaltungskräfte. Der Sehnder Rat stimmte dieser Regelung bei drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen zu.

In der Gründungsversammlung, an der von Sehnder Seite drei Ratsmitglieder und der Gemeindedirektor teilnahmen, wurde am 17.01.1978 Schulamtsdirektor Kurt Danehl aus Uetze zum Verbandsvorsitzenden gewählt. Die vorläufige Leitung übernahm der bisherige Leiter der Volkshochschule Lehrte. In den folgenden Sitzungen wurden die Arbeitsgrundlagen und die personelle Ausstattung beschlossen. Die Stelle eines Volkshochschuldirektors wurde öffentlich ausgeschrieben. Wert gelegt wurde auf einen Bewerber mit akademischer Ausbildung. Aus über 60 Bewerbern wurde der Physiker Dr. Wolfgang Wesely ausgewählt. Er trat am 01.10.1978 seinen Dienst an. Sein Stellvertreter wurde Bernd Raddatz.

Dr. Wesely wurde im Juni 2000 zum Geschäftsführer der Hannover Region Entwicklungsgesellschaft mbH bestellt und schied am 30.6.2000 aus dem Dienst der VHS aus. Die Verbandsversammlung wählte Bernd Raddatz zum neuen Direktor und Frau Astrid Voges zu seiner Stellvertreterin.

Heute leitet Frau Elke Vaihinger die VHS.

Der Volkshochschul - Zweckverband Ostkreis Hannover hat es sich zum Ziel gesetzt, den Menschen seines Wirkungskreises die Möglichkeit zu bieten, Wissen zu erschwinglichen Preisen erwerben zu können.

Durch die finanziellen Hilfen des Landkreises bei den Kosten für pädagogisches Personal und für Verwaltungskräfte sowie der teilweisen Übernahme von Honorarkosten (bis 1994) waren die vier Kommunen in der Lage, eigene preisgünstige Erwachsenenbildung in der VHS zu betreiben. Die Umlagen aus den vier Gemeinden und Zuschüsse des Landes, des Landkreises, die Auftragsmaßnahmen des Arbeitsamtes bis (1991) sowie Bundesmittel nach dem Arbeitsförderungsgesetz halfen bei der Finanzierung, die in den nachfolgenden Jahren durch erhebliche Mittelkürzungen bei Sach- und Personalkosten immer schwieriger wurde. Weitere Verluste an Fördermitteln führten zu steigenden kommunalen Umlagen und leider auch zur Erhöhung der Teilnehmergebühren, was der Forderung nach sozialverträglichen Preisen für alle Teilnehmer im Grundsatz widerspricht. Die Leitung der VHS und die Verantwortlichen der vier Kommunen haben immer wieder durch Erweiterung des Kursangebotes reagiert. Sie haben neue Betätigungsfelder und damit auch Einnahmen erschlossen und sich den Veränderungen des Arbeitslebens gestellt.

Der Zweckverband hat sich zu einem modernen Dienstleister entwickelt. Neben dem Anspruch der Berufswelt nach „Lebenslangem Lernen“ wird die VHS auch weiterhin der Fort- und Weiterbildung gerecht. Sie leistet mit ihrem Angebot von Sprachkursen in Deutsch für Spätaussiedler und Zuwanderer einen wichtigen Beitrag zur Integration. Die Kurse finden in VHS-eigenen Einrichtungen und in den öffentlichen Gebäuden (Schulen usw.) der Mitgliedsgemeinden statt, zu denen seit dem 1. Oktober 2004 auch die ehemalige Bildungseinrichtung der Gemeinde Isernhagen gehört.

Aus der ehemaligen „Abendschule“ wurde eine völlig andere, moderne Erwachsenen - Bildungseinrichtung, die nach wie vor das Ziel hat, Bildung für alle zu erschwinglichen Preisen zu ermöglichen.

Musikschule Ostkreis Hannover

Die Vorgängerin der heutigen Musikschule, die Musikschule für den ehemaligen Kreis Burgdorf, musste 1978 ihren Betrieb wegen fehlender Mittel einstellen. Einige der bisherigen Lehrkräfte versuchten zusammen mit engagierten Eltern, eine Interimslösung nur für Burgdorf, ohne die bisherigen Mitglieder Burgwedel und Wedemark, ins Leben zu rufen.

Inzwischen aber war die Idee einer Musikschule Ostkreis Hannover mit Burgdorf, Lehrte, Sehnde und Uetze politischer Wille

geworden. Am 17.07.1979 kam es zur offiziellen Gründungsversammlung der Musikschule Ostkreis Hannover e.V.. Zwei Sehnder Ratsmitglieder und der Gemeindedirektor (kraft Amtes) nahmen daran teil. Die neugegründete Musikschule umfasste die Städte Burgdorf und Lehrte und die Gemeinden Sehnde und Uetze. Im Vorstand waren neben den Vertretern der Städte und Gemeinden auch die Eltern aus den Förderkreisen vertreten. Erster Vorsitzender wurde Dr. Wolfgang Wesely. Die Schulleitung übernahm Kurt Eschmann, der nach zehn Jahren auf eigenen Wunsch als Musikschuldirektor zurücktrat. Der Musikschulvorstand ernannte seinen Stellvertreter Eberhard Ladewig zum neuen Chef und den Musiklehrer Joachim Hunold zu dessen Vertreter.

Die Musikschule ist eine unverzichtbare kulturelle Bereicherung, nicht nur in den Mitgliedsgemeinden!

Mit 370 Schülern und Schülerinnen begann 1979 der Unterricht, zehn Lehrkräfte wurden eingestellt, Programme und Lehrinhalte beschlossen. Da die allgemeinbildenden Schulen den Bereich der musikalischen Ausbildung nur unzureichend abdecken können, soll die Musikschule Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine musikalische Grundausbildung vermitteln, sie für das Laien- und Liebhabermusizieren begeistern und musikalische Begabungen erkennen, diese fördern und zum Studium der Musik begleiten.

Gearbeitet werden soll in drei Bereichen: Im Elementarbereich mit allgemeiner musikalischer Ausbildung, im Instrumentalen Bereich lernen die Kinder dann in Gruppen- und Einzelunterricht ein Instrument zu spielen und im Ensemblebereich soll danach das Zusammenspiel in der Gruppe als Ansporn für die weitere Arbeit dienen. Das vielfältige und umfassende Angebot führte schon nach kurzer Zeit zu deutlich steigenden Teilnehmerzahlen, auch hier in Sehnde. (Anstieg der Teilnehmer im Bereich der Musikschule von 1979 bis 1989 von 370 auf 1.450). Schon am 30. November 1979 stellte sich die neue Musikschule mit einem Eröffnungskonzert in Burgdorf vor. Wie bei allen öffentlichen Einrichtungen war auch in der Musikschule die Finanzierung des Angebotes immer wieder Thema der Beratungen. Die Zuschüsse der beteiligten Kommunen, Vereinsbeiträge, kleinere Einnahmen, aber besonders die Teilnehmergebühren trugen die Hauptlast. Auch wurde es immer schwieriger, an Zuschüsse zu gelangen und so den Haushalt zu entlasten. Aber alle Verantwortlichen fanden sich immer wieder zusammen, und sorgten damit für den Fortbestand der Musikschule. Viele Konzerte in den Mitgliedsgemeinden und außerhalb, Musikfreizeiten, internationale Begegnungen und vor allem die Freude am gemeinschaftlichen Musizieren sind ein Zeichen dafür, dass sich die gemeinsamen Anstrengungen gelohnt haben. Der Musik-

schule Ostkreis Hannover e.V. gelingt es immer wieder, mit ihrer Musik alle Altersgruppen zu begeistern.

Hier sollte die Beschreibung der kulturellen Begebenheiten in der Stadt Sehnde beginnen. Wir finden, dass der Zeitraum von 40 Jahren nur ungenügend der Vielfalt der Ereignisse gerecht werden kann. Am Schluss dieser Ausgabe finden Sie den Hinweis, wie wir uns diesem Thema widmen wollen.

Bergfest

Unter dem Motto „Der Berg ruft“ wurde 2013 das 4. Sehnder Bergfest 2 Tage lang in luftiger Höhe von knapp 100 Metern, mit einem grandiosen Ausblick von der langsam grün werdenden Rückstandshalde - von den Sehnderinnen und Sehndern liebevoll 'Kalimandscharo' genannt, ausgelassen gefeiert.

Insgesamt kamen 14.000 Gäste am Samstagabend zur Party mit Live-Musik und Tanz und am nächsten Tag zum Familiensonntag, der mit einem ökumenischen Gottesdienst begann.

Die 1981 stillgelegte Rückstandshalde der K+S AG wird durch das Tochterunternehmen K+S Baustoffrecycling GmbH mit Bauschutt und Erdreich abgedeckt. Diese Rekultivierungsschicht dient als Grundlage für die anschließende Begrünung mit dem Ziel, in einigen Jahren eine begrünte und bepflanzte

Halde zu bekommen und sie der Öffentlichkeit dauerhaft als Freizeitfläche und Naherholungsgebiet zur Verfügung zu stellen.



Langsam, ganz langsam wird die Halde immer grüner.

Der „Grüne Berg“ ist das Erkennungsmerkmal, das sich in den vergangenen Jahren als verbindendes Element für alle Ortsteile zu einem Zeichen gemeinsamer Identifikation entwickelt hat. Diese Identifikation erfolgt zum einen aus der gemeinsamen Geschichte des Kalibergbaus und zum anderen auch daraus, dass die Halde zu einem weithin sichtbaren optischen Wahrzeichen für die Heimatregion wurde.

Begünstigt wurde diese Entwicklung ganz sicher durch die Bergfeste, die Sehnde in der Region, aber auch weit über deren Grenzen hinaus, bekannt gemacht haben.

Sehnde – Aktjubinsk

Aktjubinsk- russischer Name für Aqtöbe.

Im Februar 1990 wurde die „Vereinbarung über die Städtefreundschaft zwischen der Stadt Aktjubinsk (Kasachische Sowjetrepublik, UdSSR) und der Gemeinde Sehnde (Land Niedersachsen, Bundesrepublik Deutschland)“ getroffen. In Aktjubinsk leben zur Zeit 378000 Einwohner. Die Großstadt befindet sich im nord-westlichen Teil des zentral-asiatischen Landes unweit der Grenze zu Russland.

Diese Städtepartnerschaft wurde durch einige Austauschprogramme (Besuche von Erwachsenen und Jugendlichen) geprägt.

Erwähnt werden soll, dass zwei hiesige Firmen bei der Organisation der Besuche hilfreich zur Seite standen. Den angetragenen privaten Problemen einiger kasachischer Bürger an die Gemeinde Sehnde konnte nicht immer eine endgültige Lösung angeboten werden, wohl aber wurden Hilfestellungen und Hinweise gegeben.

Seit 1997 wurde diese Partnerschaft jedoch wegen politischer Probleme in Kasachstan wie Parlamentsauflösung, Volksab-

stimmung und eine neue Verfassung unterbrochen und wird nicht mehr gepflegt.

Politische Unterstützung nach dem 9. November 1989

Mit dem Ende der DDR war der Informationsbedarf nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der dort politisch Tätigen enorm. Vor allem die nunmehr Verantwortlichen wollten sich Informationen über das politische System der Bundesrepublik beschaffen. Es gab lose Kontakte der Gemeinde Sehnde zu mehreren Gemeinden in der DDR. Diese gingen aber über Beratungsgespräche nicht hinaus.

Wesentlich intensiver war der Kontakt der im Rat vertretenen Parteien, vor allem von CDU (mit der Stadt Orlamünde) und SPD (mit der Gemeinde Klein Wanzleben). Sie berieten umfangreich vor Ort und halfen teilweise auch mit technischen Geräten aus. Kontakte wurden auch zu niedersächsischen Landespolitikern hergestellt.

ILEK – Integriertes ländliches Entwicklungskonzept

ILEK bedeutet: Integriertes ländliches Entwicklungskonzept (Börderegion).

Ein Bürger der Gemeinde Hohenhameln, - ehemals Staatssekretär in Berlin, von 2011 bis 2013 Niedersächsischer Landwirtschaftsminister -, stellte den Hohenhamelnern privat eine

Möglichkeit zur Verbesserung ländlicher Entwicklung mit Hilfe staatlicher Fördergelder vor.

Der Hohenhamelner Bürgermeister holte zusätzlich die Gemeinden Algermissen, Harsum und die Stadt Sehnde mit ins Boot, um die Hauptvoraussetzung für eine finanzielle Unterstützung - 50.000 Einwohner in einer Verwaltungsbezirke übergreifenden Förderregion - sicherzustellen.



Ländliches Wohnen in Wassel

Eine Genehmigung des vorläufigen Entwicklungskonzeptes wurde durch den Niedersächsischen Landwirtschaftsminister am 02. August 2005 überreicht. Die Förderperiode lief bis Ende 2014, für die Periode 2015 bis 2020 ist von der Stadt Sehnde ein neuer Antrag gestellt worden, um die Weiterarbeit an Projekten zu sichern.

Am 29. November 2005 bildete man Fachgruppen für Wirtschaft, für Soziales und für Kultur, legte die Entwicklungsziele fest und übertrug sie den Gruppen zur eigenständigen Erledigung.

Was haben die Fach- / Projektgruppen bisher erreicht?

Ein Gutachten über den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wurde in Zusammenarbeit mit den „Aufgabenträgern“ Region Hannover, Landkreis Hildesheim und Zweckverband Großraum Braunschweig erarbeitet. Es zeigte sich, dass die ÖPNV-Anbindung einzelner Ortschaften - auch Sehnde - verbesserungswürdig ist.

Im Bereich Freizeit wurden neben den vielen Wander- / und Radfahrrouten zahlreiche neue Angebote dargestellt, wie Rastplätze, u.a. für Sehnde am Mittellandkanal, mit Tisch, Bank und Grillplatz; Landschaftsfenster, die den Blick auf Sehenswürdigkeiten der Region lenken, in Sehnde ist ein Fenster am Wehminger-/ Wirringer-Verbindungsweg zu sehen. Es gibt seit 2009 einen vierteljährlich erscheinenden Veranstaltungskalender, der auf den Internetseiten der Kommunen eingestellt und außerdem in den Rathäusern als Druckausgabe ausgelegt wird.

Ein weiteres Ziel ist es, im Rahmen der Generationenhilfe ältere Menschen durch gegenseitiges Engagement zu unterstützen. Im Oktober 2012 wurden schon in der Gründungs-

versammlung des Hilfeleistungen vermittelnden Vereins „Generationenhilfe Börderegion“ 73 Personen Mitglied.

Seit 2008 bieten die Kommunen jedes Jahr für die 9. und 10. Klassen der Haupt- und Realschulen eine Zusammenstellung von freien Praktikums- und Ausbildungsplätzen an.

Über weitere Aktivitäten für „benachteiligte Menschen“ wird nachgedacht.

Auch die Dorferneuerung und Dorfentwicklung spielt eine Rolle, zum Beispiel in Bilm und in Ilten.

Für Wege und Brücken wurde in Bilm und Evern ebenfalls Geld ausgegeben.

Verkehrsinfrastruktur

Durch die Bundesstraßen 65 und 443 ist Sehnde in alle Himmelsrichtungen in das überörtliche Straßennetz, einschließlich der Autobahnen, hervorragend eingebunden. Alle Ortsteile sind mehr oder weniger gut an den öffentlichen Personennahverkehr (Busnetz der Üstra und S-Bahn) angebunden. Damit sind auch die innerörtlichen Verbindungen sichergestellt. Sämtliche Verkehrsbeziehungen sind überwiegend auf das Oberzentrum Hannover ausgerichtet. Der ÖPNV hat naturgemäß einen hohen Stellenwert. Die Stadt ist deshalb seit ihrer Gründung ständig bemüht, zusammen mit den zuständigen Verkehrsträgern das Angebot zu optimieren und zu verbessern. Das ist in weiten Teilen auch gelungen.

Verbesserungsbedarf wird es immer geben. Die Stadt selbst ist in diesem Bereich mit eigener Zuständigkeit lediglich für den Bau und die Unterhaltung der Haltestellen verantwortlich. Im Rahmen der Vorbereitungen für die EXPO 2000 ist das S-Bahnnetz in der Region ausgebaut. Die Verbindung Lehrte - Sehnde - Hildesheim ist dabei auf der Strecke geblieben. Dafür hatte man allerdings den Eindruck, dass die DB sozusagen als „Belohnung“ auf dieser Strecke das älteste verfügbare Fahrzeugmaterial einsetzte. Schließlich gab es nach vielen Interventionen ein Einsehen, auch diese Strecke sollte in das S-Bahnliniennetz eingebunden werden. Dazu musste der Sehnder Bahnhof entsprechend umgebaut werden. Die Stadt favorisierte dabei die Idee, einen einzigen Bahnsteig auf der östlichen Seite der Strecke zu bauen und zwar auf einer zusätzlichen Brücke über die B65. Das hätte den Charme gehabt, dass Abgänge samt Fahrstühlen an beiden Seiten möglich gewesen wären und damit eine Kreuzung der Straße durch Fußgänger hätte vermieden werden können. Das Vorhaben scheiterte an Vorbehalten der DB. Sie befürchtete, dass ein später ggfls. notwendiger Umbau im Falle einer erheblichen Ausweitung des Schienenverkehrs auf ihre Kosten nicht ausgeschlossen werden konnte.



Einweihung der S-Bahnlinie am 14.12.2008

So kam es zu der jetzigen Lösung, die nicht ganz optimal ist. Festzuhalten bleibt auf jeden Fall: Die Anbindung Sehndes an das S-Bahnnetz ist ein voller Erfolg.

Auch am Straßennetz gab es Veränderungen. Mit der Ortskernsanierung wurde die Landesstrasse nach Bolzum aus der Mittelstraße und damit aus dem Sehnder Ortskern auf die Nordstraße verlegt. Nach langen Querelen über den Trassenverlauf konnte dieses Vorhaben erfolgreich abgeschlossen werden.

Auch der Bund hat an seinen Bundesstraßen in den letzten 40 Jahren zahlreiche Baumaßnahmen durchgeführt. So sind die Ortsdurchfahrten in Rethmar, Haimar, Evern und Wassel neu gebaut. In Ilten und Sehnde sind die zunächst vierspurig ausgebauten Fahrbahnen der B65 wieder zurück gebaut worden.

Die größte Straßenbaumaßnahme hat allerdings die Stadt mit der kommunalen Entlastungsstraße selbst durchgeführt. Es fing alles so harmlos an. Eigentlich sollte die Chausseestraße ausgebaut werden, das stieß naturgemäß auf Ablehnung der Anlieger, die neben den Kosten vor allem mit steigendem Verkehrsaufkommen auf ihrer bis dahin ruhigen Straße rechneten. Da die Straße mit ihrem Bahnübergang die einzige Bahnquerung neben der B65 im Ortsteil Sehnde war, sollten für den Ausbau Zuschüsse vom Land generiert werden. In den Verhandlungen mit dem Wirtschaftsministerium Ende der 80er Jahre wurden auch weitergehende Möglichkeiten erörtert. Eine Umgehung, die dann auch gebaut wurde, hätte für die Ortslage viele Vorteile. Eine Verlegung der B65 durch den Bund war nicht in Aussicht. Es konnte, wenn überhaupt, nur die Stadt handeln. Bei Beseitigung der beiden vorhandenen Schranken konnten neben Mitteln aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auch solche nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz eingesetzt werden.

Bei einem solchen Finanzierungsmodell war es für die Gesamtmaßnahme finanziell wesentlich günstiger, den Bahnübergang an der Chausseestraße neu zu bauen, als es bei den Schranken zu belassen. So könnte die Baumaßnahme für die Stadt tragbar sein. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile gab der Rat schließlich grünes Licht für das Vorhaben.

Damit war es aber noch lange nicht getan. Wenn eine Schienenstrecke angefasst wird, hat die DB dort das Sagen. Nach Absprache mit der DB sollte zunächst eine Fußgängerbrücke am Friedhof gebaut werden. Als die mit der DB abgestimmte Planung längst fertig war und im Finanzministerium in Berlin wegen der Mitfinanzierung zur Genehmigung vorlag, kam die Ansage: „Geht aus technischer Sicht alles nicht. Wir (DB) haben leider ein vorhandenes technisches Bauwerk bei den Vorgaben für die Planung übersehen“.

Also musste nunmehr eine Fußgängerunterführung her, mit langem Planungsvorlauf. Allein dadurch gab es eine Zeitverzögerung von mehr als zwei Jahren. Insgesamt war die Bauzeit der Gesamtmaßnahme deutlich kürzer als allein die Abstimmungsverfahren mit der Bahn. In dem Riesenunternehmen DB fanden zu dieser Zeit ständig Umorganisationen statt, die die Zusammenarbeit nicht gerade erleichterten. Für den notwendigen umfangreichen Grunderwerb wurde eigens ein Flurbereinigungsverfahren durchgeführt, in das die Stadt, möglich geworden durch den Aufkauf eines landwirtschaftlichen Betriebes, ausreichend Ausgleichsflächen einbringen konnte. Abstimmungen mit vielen Beteiligten führten aus Sicht der Stadt immer wieder zu unangemessenen Verzögerungen, so dass die Einweihung erst 2005 erfolgen konnte. Der eigens für das Vorhaben bestellte externe Projektmanager war dazu

allerdings völlig anderer Meinung. Im Vergleich zu seinen bisherigen Vorhaben war das noch eine zügige Abwicklung.

Zur Verkehrsinfrastruktur gehören mit dem Mittellandkanal und dem Stichkanal nach Hildesheim auch bedeutende Wasserstraßen. Deren Ausbau und die Erweiterung ist in der *Zeitreise 6* beschrieben. Baumaßnahmen an Verkehrsanlagen führen immer zu Belästigungen, die für die Betroffenen auch ganz erheblich sein können. So sorgten z.B. Lärmbelästigungen durch Rammarbeiten beim Ausbau des Mittellandkanals zu erheblichem und vor allem berechtigten Ärger. Auch die Verbreiterung der BAB A7 ging nicht ohne Missstimmung über die Bühne. Der Bund als Bauherr konnte sich manchmal an gegebene Zusagen nicht mehr erinnern, als es um die Probleme an den Rampen der neu gebauten Brücken für landwirtschaftliche Wege ging.

Manchmal trifft man sich „zweimal“ wie man so schön sagt. Das war auch hier der Fall. Als das Neubauamt auf die Mithilfe der Gemeinde/Stadt angewiesen war, konnten die alten Probleme ausgeräumt werden.

c) Gewerbliche / industrielle Entwicklung Sehndes

Zum Zeitpunkt der Gebietsreform prägten produzierende Industriebetriebe die Ortsteile Höver (Zementwerk), Ilten (Kaliwerk) und Sehnde (Kaliwerk, Zuckerfabrik, Keramische Hütte).

In Sehnde gab es außerdem eine Reihe teilweise größerer Gewerbebetriebe, wie Schülde GmbH (Kunststoffe), Niederlassungen der HASTRA und der Üstra, mehrere namhafte Bauunternehmen, u.a. Kruse Tiefbau und die Niederlassung der Huta-Hegerfeld. Von herausragender Bedeutung waren schon damals - und nicht nur für Ilten - die Warendorffschen Anstalten. Darüber hinaus gab es nur wenige weitere Dienstleistungs- und Handelsunternehmen mit Sitz in Sehnde, z.B. die Sehnder Bank und Möbel-Stamme. Die übrigen Ortsteile waren überwiegend durch die Landwirtschaft geprägt.

Insbesondere die Industriebetriebe bauten eine größere Anzahl Arbeitsplätze ab, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sank von 5.897 (davon 4.247 im produzierenden Gewerbe) in 1961 über 4.574 (2.765 im produzierenden Gewerbe) in 1970 auf schließlich 3.976 (2.244 im produzierenden Gewerbe) in 1976.

Viele der Mitarbeiter wohnten in Sehnde.

Durch den Abbau von Arbeitsplätzen drohte ein Einwohnerschwund. Mindestens die Ortsteile Höver und Sehnde waren durch die erheblichen Emissionen der Industriebetriebe für Neubürger nicht die bevorzugten künftigen Wohnstandorte. Ebenso ging die Einwohnerzahl in den landwirtschaftlich geprägten Orten - wie überall im Lande - stetig zurück.

Die Gemeinde Sehnde hatte noch vor der Gebietsreform

versucht, mit der Bereitstellung von Gewerbegebieten dieser ungunstigen Entwicklung Einhalt zu gebieten. „Hier Wohnen und Arbeiten“ war das Gebot der Stunde. Das Gewerbegebiet „Borsgring“ wurde ausgewiesen. Aus der Sicht der Gemeinde sicherlich an der richtigen Stelle, für überregional tätige Betriebe wegen der problematischen Verkehrsanbindung aber nur bedingt geeignet.

Der zuständige Großraum Hannover hatte zusammen mit der Gemeinde den großen „Wurf“ geplant. Südlich des Mittelkanals sollte zwischen den Landesstrassen nach Gretenberg und Bolzum ein sehr großes Gewerbegebiet entstehen. Die Straßenverbindungen sollten völlig neu entwickelt werden, z.B. war für die Anbindung Bolzums eine Brücke über die Bahnlinie nach Hildesheim vorgesehen. Ein Anschlussgleis in das Gewerbegebiet war ebenfalls geplant.

Der Großraum erwarb einen Teil der Flächen. Ein französischer Autokonzern plante dort ein Zentrallager und Verteilzentrum. Die Anlieferung sollte vor allem per Schiff erfolgen. Das Vorhaben zerschlug sich. In der Folgezeit gab es mehrere Anfragen für Betriebsansiedlungen, die alle scheiterten. Grund war die schlechte Anbindung, da die geplanten Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen nicht verwirklicht werden konnten. Das gesamte Vorhaben wurde von der neuen Gemeinde schließlich aufgegeben.

Handlungsbedarf bestand weiterhin. Die Suche nach geeigneten Flächen gestaltete sich schwierig. Für große Teile der gewerblichen Wirtschaft ist die Autobahnanbindung von erheblicher Bedeutung. Ein solcher Standort war nur in Höver möglich. Im Flächennutzungsplan war deshalb eine Teilfläche westlich des Zementwerkes ausgewiesen. Ein Bebauungsplan wurde Anfang 1977 auf den Weg gebracht. Vor allem wegen der Emissionen des Werkes konnte der Plan zunächst nicht weiter verfolgt werden. 1981 wurde der nächste Versuch unternommen. Erst nachdem die Emissionen auf ein vertretbares Maß reduziert wurden, konnte das Verfahren fortgesetzt werden. Der für Betriebsansiedlungen erforderliche Bebauungsplan trat schließlich 1993 in Kraft. Ein erster größerer Betrieb konnte sich 1998 ansiedeln: trans-o flex.



Blick vom Mittellandkanal auf das Zementwerk der Fa. Holcim in Höver

Es folgten weitere Ansiedlungen westlich der Autobahn durch die Firmen Jaenecke und Schneemann 2002, und Delticon 2010. Auch nördlich von Höver, parallel zur B65, soll ein größeres Gewerbegebiet entstehen. Bis auf die Ansiedlung eines Blumengroßmarktes konnte es aber noch nicht verwirklicht werden. Der Charme dieser Planung liegt auch darin, dass bei entsprechender Straßenführung die Ortsdurchfahrt Hövers entlastet werden könnte.

In der Zwischenzeit waren traditionelle Betriebe wie das Kaliwerk Friedrichshall Sehnde, die Zuckerfabrik, die Keramische Hütte, die Schülde GmbH, die Bauunternehmen Kruse-Tiefbau und Huta-Hegerfeld geschlossen und die Niederlassungen der Üstra und der HASTRA aufgegeben worden. Das Kaliwerk Bergmannsseggen-Hugo hatte seinen Betrieb schon 1987 verkleinert. Nachdem 1994 der Förderbetrieb vollständig eingestellt wurde, blieben von 1.030 Mitarbeitern vor 1996 nur noch etwa 150 übrig. Der dadurch und durch die zahlreichen Betriebsstilllegungen schwer gebeutelten Gemeinde wurde Landeshilfe in Aussicht gestellt. Das Gewerbegebiet „Schnedebruch“ konnte vorbereitet werden, die Zufahrtsstraße wurde vom Land finanziert. Sie dient auch als Zufahrt zum Werk Bergmannsseggen-Hugo. Als positiver Nebeneffekt konnte der belastende Schwerverkehr aus der Ortslage Ilten herausgehalten werden.

Bis 1999 haben sich dort zwei Speditionsunternehmen niedergelassen.



Justizvollzugsanstalt (JVA) Sehnde

1998 wurde von dem Justizministerium bei der Stadtverwaltung - mit der Bitte um Verschwiegenheit - zunächst telefonisch angefragt, ob die Stadt sich die Ansiedlung einer Justizvollzugsanstalt vorstellen könnte. Man hatte verschiedene Standorte auf ihre Eignung geprüft, Sehnde kam infrage. Wie mit diesem nicht alltäglichen Ansinnen umgegangen werden sollte, war umfänglich zu prüfen. Vor Abgabe einer ersten Einschätzung wurde kurzfristig mit den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses eine Besichtigung der damals neuesten JVA in Uelzen organisiert. Vertreter der örtlichen Polizei, der Stadt Uelzen und der im dortigen Rat vertretenen Parteien

nahmen auf Wunsch der Stadt Sehnde teil. Nach Vorstellung der JVA durch die Mitarbeiter des Landes wurde intensiv mit den Vertretern Uelzens alle möglichen Auswirkungen diskutiert. Das Ergebnis der Besichtigung und der Gespräche war eindeutig, eine solche Einrichtung war für Sehnde durchaus denkbar. Dem Land wurde ein positives Signal gegeben. Das mögliche Vorhaben wurde anschließend publik gemacht. Wie zu erwarten gab es in der Bevölkerung Ängste. Wegen befürchteter negativer Auswirkungen kam es zu heftigen Diskussionen, Widerstand baute sich gegen das Vorhaben auf, die Gegner haben es sogar bis ins Regionalfernsehen geschafft. Um die bestehenden Informationsdefizite abzubauen, fand eine Einwohnerversammlung statt. In ihr wurde ausführlich informiert und die vielfältigen Auswirkungen einer solchen Einrichtung dargestellt. Zusätzlich gab es das Angebot an die Bürger, die JVA Uelzen zu besuchen und sich zu informieren. Neben den Vertretern des Landes waren auch hier Vertreter der Stadt Uelzen dabei, die ihre positiven Erfahrungen vortrugen.

Die anschließenden Verhandlungen mit dem Land führten zu einem positiven Ergebnis. Die Entscheidung über das Vorhaben verzögerte sich dennoch über einen längeren Zeitraum, weil sich zwischenzeitlich andere Kommunen ebenfalls um die

Ansiedlung bemühten, es ging ja auch um ca. 300 zusätzliche Arbeitsplätze.

Sehnde hatte jedoch die besten Voraussetzungen, auch wenn die notwendige Verlegung eines Baches die Maßnahme verteuerte; ein Bachlauf durch die Anlage ist aus Sicherheitsgründen undenkbar.

Im Bereich des Bebauungsplanes Schnedebruch wurde ein Sondergebiet Justizvollzugsanstalt (JVA) ausgewiesen.

Diese Planänderung trat am 27.07.2000 in Kraft.

Daten zur JVA Sehnde:

2001		Bau der 6 m hohen Außenmauer
2002		Grundsteinlegung
2002	01.11.	Richtfest
2004	01.10.	Eröffnung mit 400 Gästen durch Niedersachsens Justiz-Ministerin Heister- Neumann
2004	09.10.	Probeschlafen für gänzlich "Unbescholtene"
2004	Ende Okt.	Die ersten (männlichen) Häftlinge kommen

Auch Betriebe des Einzelhandels, mit denen Sehnde 1974 unterversorgt war, konnten angesiedelt werden. Die Ansiedlung von Betrieben hat dazu geführt, dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten bis 2013 auf

5.313 gestiegen ist, das sind deutlich mehr als 1974, allerdings ist der produzierende Bereich - anders als damals - mit ca. 950 Personen nur noch in deutlich geringerem Maße vertreten. Sehnde hat sich im Wesentlichen zu einem Dienstleistungszentrum entwickelt.

Nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“ haben sich Sehnder Gewerbetreibende zur Interessengemeinschaft Sehnder Gewerbetreibender (IGS) zusammengeschlossen. Mit zahlreichen Aktionen wie Schaufenster Sehnde, verkaufsoffene Sonntage, Oktobermarkt, Weihnachtsbeleuchtung werben sie intensiv für ihr Anliegen, darüber hinaus aber auch für die Stadt Sehnde.

Die Kaliindustrie in Sehnde

Die Existenz der Kaliwerke in Sehnde war für die Arbeitsplätze und Steuereinnahmen von überragender Bedeutung. Im Grunde waren es zwei Betriebe innerhalb der Grenzen der Gemeinde Sehnde, denn in der Regel bestimmt die Lage der weiterverarbeitenden Fabriken den örtlichen Standort. In unserem Fall waren das Sehnde und Ilten. Das Kaliwerk Bergmannsseggen-Hugo galt vordergründig aber stets zu Lehrte gehörig, denn eine beträchtliche Anzahl der dort Beschäftigten wohnte eben in der Stadt und in den mit ihr verbundenen Ortschaften. Die Stadt Lehrte hatte außerdem

ihre Verbundenheit mit dem Bergbau auch durch zahlreiche Bezeichnungen von Straßen mit bergmännischen Begriffen öffentlich zum Ausdruck gebracht. Im Gegensatz dazu war in Ilten eine Straße, in Sehnde keine mit Bezug auf den Bergbau zu finden.

1974 waren in beiden Werken über 1600 Personen beschäftigt, von denen ein nicht unerheblicher Teil in den Ortschaften der Gemeinde Sehnde ansässig war. Das Kaliwerk Friedrichshall wurde Ende 1981 von seinem damaligen Eigentümer, der Kali - Chemie AG, an die Kali und Salz AG verkauft und anschließend stillgelegt. Den dato rund 700 Beschäftigten wurde von der K+S ein Übernahmeangebot für 400 Arbeitsplätze unterbreitet, die aber nicht alle in unmittelbarer Nähe zu den bisherigen Wohngebieten lagen. Eine Abwanderung in entferntere Orte war daher gegeben.

1987 verkleinerte das Werk Bergmannsseggen-Hugo nach erheblicher Einschränkung der Eigenförderung von Kalisalzen seine Belegschaft um mehr als 50%, von 1030 auf ca. 450 Köpfe. Dabei trug die Untertagebelegschaft die Hauptlast. In diesem Bereich verschwanden sogar 75% der Arbeitsplätze, der Rückgang betrug zahlenmäßig 335 Stellen. Auch bei dieser Aktion wurden den notwendigerweise ausscheidenden Belegschaftsmitgliedern umfangreiche Stellenangebote im eigenen Konzern und bei der Muttergesellschaft BASF vorge-

legt, was eben auch nur durch Fortzug aus den bisherigen Wohnorten zu verwirklichen war.

1994 wurde die Gewinnung und Förderung von Kalisalz vollständig eingestellt. Danach entfielen erneut rd. 250 Positionen. Zur Zeit sind etwa 150 Personen in dem Werk Hugo in Ilten mit der Weiterverarbeitung von verschiedenen Produkten aus Schwesterwerken beschäftigt.

Der Untergang der Sehnder Bank

Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Sehnder Bank in Räumen der Zuckerfabrik gegründet. Die Zuckerfabrik war für die Bank zunächst mehr oder weniger „Bestimmerin“. Die Anzahl der Mitglieder und deren Einlagen blieben allerdings klein. Für Sehnde war das Geldinstitut lange relativ bedeutungslos.

Das änderte sich in den 60-iger und 70-iger Jahren des 20. Jahrhunderts. Große Zuwächse bei den Mitgliedern und den Bilanzsummen sind maßgeblich für die Größe einer Bank. Als Folge des weiteren Wachstums wurde der Um- und Neubau an der Peiner Straße ausgeführt. Im Keller des Neubaus entstand der Raiffeisensaal für Sitzungen. Der Saal konnte aber auch nach Dienstschluss für Kulturveranstaltungen genutzt werden. Außerdem wurde auch im Keller die Bargeldverwaltung, die mit den Kundenshaltern im Erdgeschoss

durch eine Rohrpost verbunden war, eingerichtet. Schon bei der Einweihung drängten wiederholt Vertreter der Volksbank Lehrte auf Zusammenschluss beider Geldhäuser. Die Sehnder lehnten das Vorhaben strikt ab, weil sie es nicht für erforderlich hielten.

Anfang der 80er Jahre hatte die Gemeinde Sehnde mehrere Baugebiete erschlossen. Dadurch war auch die Nachfrage nach Darlehen enorm. Die Bilanzsumme der Sehnder Bank stieg u.a. dadurch auf über 100 Millionen DM, allerdings blieb das erforderliche Eigenkapital zurück. Die jährlichen gesetzlichen Prüfungen ergaben bei den einzelnen Bilanzansätzen keine Beanstandungen. Die Prüfung 1985 für das Geschäftsjahr 1984 war anders. Nach zwei Tagen wurde unterbrochen. Ein speziell ausgebildeter zusätzlicher Prüfer übernahm den Vorsitz und ordnete Hausverbot für alle Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates an. Eine Begründung unterblieb. Es wurde evtl. Betrug vermutet. Anschließend wurden die Sicherheiten der Kunden überprüft und neu bewertet. Unter anderem wurde der Wert neuer Eigentumswohnungen um 500,-- DM pro m² (von rd. 1.800,-- DM auf rd. 1.300,-- DM pro m²) nach unten bewertet.

Alle Wertberichtigungen führten zu einem Verlust von mehreren Millionen DM. Die damalige Lehrter Volksbank, die die Sehnder Bank übernommen hatte, trug den kleineren Teil

des Verlustes, während der Sicherheitsfond des genossenschaftlichen Verbandes für den Rest gerade stand. Einen „Betrug“ haben die Prüfer nicht festgestellt. Allerdings haben viele Kunden ihr Geld abgezogen und es woanders angelegt.

d) Sehnde wird Stadt am 18.10.1997

Die im Großen und Ganzen recht positive Entwicklung Sehndes führte zu Überlegungen, das Image zu verbessern. Unter anderem wurde davon ausgegangen, dass die Bezeichnung "Stadt" ein wichtiger Schritt in dieser Richtung sein könnte. Sowohl die IGS als auch der Heimatbund griffen das Thema bereits 1985 auf, sie schlugen der Gemeinde vor, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Mit dem Ansinnen konnte sich der Rat zu diesem Zeitpunkt nicht anfreunden. Beide gaben nicht auf, aber auch nochmalige Anregungen zur Jahreswende 1988/1989 und 1994 konnten einen Sinneswandel nicht herbeiführen. Das Thema sollte erst nach Abschluss der Ortskernsanierung und einer positiven Entwicklung des Zuckerfabrikgeländes wieder auf die Tagesordnung kommen. 1997 schließlich gab Bürgermeister Henkel im Anschluss zu seiner Rede zum Neujahrsempfang den Anstoß, nun in dieser Sache tätig zu werden. Nach den Rahmenbedingungen des Innenministeriums waren die Anforderungen für die Verleihung der Bezeich-

nung „Stadt“ bei weitem erfüllt. In den nun folgenden Diskussionen wurden, wie schon zuvor, immer wieder die Fragen nach den Auswirkungen aufgeworfen. Es wurden Bedenken geäußert, dass damit auch Verpflichtungen verbunden sein könnten, die die Kommune nicht tragen könnte oder wollte. Vor allem machten sich Befürchtungen breit: Künftig höhere Steuern, höhere Bezahlung des dann „Stadtdirektor“ werdenden Gemeindedirektors.



*850 Jahre Stadt Sehnde
Ministerpräsident Gerhard Schröder überreicht
Bürgermeister Bernd Henkel und Stadtdirektor Dietrich Vollbrecht
am 18.10.1997 die Urkunde.*

Foto: Brigitte Thomas

Die Befürchtungen konnten ausgeräumt werden, denn Rechte und Pflichten einer Gemeinde (auch wenn sie Stadt heißt) orientieren sich ausschließlich an ihrer Einwohnerzahl. Die Kosten einer solchen Umbenennung waren überschaubar. Lediglich Formulare, Stempel, Briefköpfe und vor allem die Ortseingangsschilder mussten geändert (bzw. zunächst überklebt) werden.

Die Gesamtkosten lagen deutlich unter 10.000 €. Nach entsprechendem Ratsbeschluss wurde der Antrag gestellt und positiv beschieden.

Ministerpräsident Gerhard Schröder sagte zu, die entsprechende Urkunde anlässlich der 850-Jahr-Feier des Ortes Sehnde am 18.10.1997 zu überreichen. Unmittelbar vor diesem Termin teilte die Staatskanzlei mit, der Ministerpräsident könne die Zusage nicht einhalten und würde einen Staatssekretär schicken. Dies erschien unangemessen, erst nach massiver Intervention des Bürgermeisters ließ sich der Ministerpräsident umstimmen und kam zur Überreichung der Urkunde. Erst später wurde der Grund seines Versuchs der Absage klar: Er hatte am Vortag geheiratet!

Es gab noch immer Mitbürger, die pflegten ihre Vorbehalte gegenüber dem neuen Sehnde, das nun Stadt hieß. Insbesondere in Ilten war es für einige schick einen Button zu tragen mit der Aufschrift "Ilten Statt Sehnde".

Veränderungen - Übernahme weiterer Aufgaben

Nach 1974 sind von der neuen Gemeinde im Wesentlichen die Aufgaben wahrgenommen, für die die früheren Gemeinden bereits zuständig waren. Allerdings hatte der Landkreis Hannover bereits 1975 die Aufgaben nach dem Wohngeldgesetz, sowie die (personalintensive) Gewährung der Sozialhilfe weitgehend auf die Gemeinde Sehnde übertragen. Mit dem Gesetz über die Region Hannover wurden Möglichkeiten eröffnet, weitere Aufgaben auf die Gemeinden zu übertragen und sie damit bürgernäher zu erledigen. Zusätzlich gehörte dazu, dass nunmehr auch im Bereich der Region Hannover Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern zu selbständigen Gemeinden erklärt werden konnten (das war bis dahin ausgeschlossen). Das würde eine Fülle zusätzlicher Aufgaben bringen, vor allem im Ordnungsbereich - einschließlich der Aufgaben der unteren Verkehrsbehörde. In seiner Stellungnahme zu dem entsprechenden Gesetzentwurf hat der Rat u.a. beschlossen: „Die Stadt beabsichtigt die Übernahme aller ihr möglichen Aufgaben und wird beantragen, zur Stadt erklärt zu werden, wenn die dafür notwendige Finanzierung gesichert ist“. Für zusätzliche Aufgaben ist auch zusätzliches Personal erforderlich. Dessen Finanzierung war möglich durch höhere Landeszuschüsse (für Ausgaben des übertragenen Wirkungs-

kreises) und entsprechende Mehreinnahmen aus Gebühren. Der entsprechende Antrag wurde 2001 gestellt und positiv beschieden.

Mit dem Status „Selbständige Stadt“ gehen nicht die Aufgaben der Unteren Bauaufsichtsbehörde (Baugenehmigungen) über. Dazu war ein besonderer Antrag erforderlich. Die 2003 übernommene Bauaufsicht war überaus erfolgreich. Bedauerlicherweise musste sie nach dem Ausscheiden von Mitarbeitern 2015 an die Region zurückgegeben werden. Trotz bundesweiter Ausschreibung wurden keine geeigneten Bewerber gefunden.

Die Aufgaben der KfZ-Zulassung waren durch das Regionsgesetz aus rechtlichen Gründen nicht möglich, eine örtliche Zulassungsstelle aber dringend geboten. Die Übernahme dieser Aufgabe ist nur auf der Grundlage einer vertraglichen Vereinbarung mit der Region möglich geworden. Ein entsprechender Vertrag wurde 2002 abgeschlossen. Viele der Dienstleistungsaufgaben, einschließlich der KfZ-Zulassung, werden zentral im Bürgerbüro erledigt, für das ansprechende und bürgerfreundliche Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Rathauses geschaffen wurden.

Dadurch entstanden neue Arbeitsplätze und die Beschäftigtenanzahl hat sich wie folgt entwickelt:

Stellenplan der Verwaltung

lt. Stellenplan	1977	31.12.2013
Beschäftigte in der Verwaltung	81	92
Azubis	8	8
Baubetriebshof 1977 vergl. zu 2013 ohne Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung	28	28
Beschäftigte in Einrichtungen (u.a. Schule, Bäder, Freizeitheim)	21	21
Beschäftigte in KITAS	21	111

Die Aufgabenveränderung und der Einzug der EDV in der Stadtverwaltung hatten einen Abbau an herkömmlichen Arbeitsplätzen zur Folge, andererseits sind umfangreiche neue Aufgabengebiete hinzugekommen (u.a. Straßenverkehrsbehörde, Kfz-Zulassung, Rechnungsprüfungsamt, Verwaltung der Kitas, Bauaufsicht - bis 31.12.2014 -, Gleichstellungsbeauftragte, Umweltschutz).

Projektgruppe Stolperstein

Ein gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen und ein einstimmiger Ratsbeschluss im Jahre 2012 waren Grundlage für die Gründung der Projektgruppe „*Stolperstein und die Genesis der Gedenktafeln*“. Sie machte es sich zur Aufgabe, den Opfern des Nationalsozialismus in Sehnde ein Andenken zu schaffen und den Erhalt der Erinnerungskultur zu fördern.

Dem Engagement der Gruppe war es zu verdanken, dass bereits im Dezember 2012 insgesamt 9 Stolpersteine in Sehnde und Ilten verlegt werden konnten:

- Zum Gedenken an die Familie Rose fünf Stolpersteine vor dem Haus Mittelstraße 10.
- Zum Gedenken an die Familie Schragenheim/Brumsack drei Stolpersteine auf dem Bürgersteig vor dem ehemaligen Haus Nordstraße 7/8.
- Zum Gedenken an Frau Else Osterwald ein Stolperstein vor dem Haus Hindenburgstraße 29.

Nach den Regeln des Künstlers Gunter Demnig dürfen Stolpersteine ausschließlich vor den Gebäuden der letzten selbst gewählten Wohnadressen verlegt werden. Zusätzlich hat die Projektgruppe sich darauf geeinigt, nur dann Stolpersteine zu verlegen, wenn die heutigen Hauseigentümer und Eigentümerinnen damit einverstanden sind.

Auf der Gedenktafel stehen nun auch die Namen weiterer Betroffener. Der Projektgruppe war es wichtig, alle bisher namentlich bekannten Opfer des Nationalsozialismus, die in Sehnde gelebt haben, zu veröffentlichen. Die Daten und Schicksale dieser Personen sind historisch belegt.

Die Liste der Namen ist jedoch nicht abschließend - es gab noch viele weitere Opfer - die aus Gründen des Glaubens, der Rasse, der politischen Gegnerschaft oder der Weltanschauung Schaden an Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen, beruflichem oder wirtschaftlichem Fortkommen erlitten haben.

III. Bewertung der Gebietsreform

a) Zeitzeugen

Reimund Wohlgemuth

Ehrenbürger der Stadt Sehnde seit 2001

Von 1974 - 2001 im Sehnder Rat

Von 1979 - 1996 Fraktionsvorsitzender der SPD

Als ich 1974 erstmalig in den Rat der Gemeinde Sehnde gewählt wurde, standen wir - die Ratsmitglieder - vor einer großen Herausforderung. 15 ehemals selbstständige Gemeinden mussten unter einen Hut gebracht werden.

Im Kernort lebte ca. ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Doch fehlte dort wichtige Infrastruktur, die für eine gedeihliche Entwicklung zu einer „Großgemeinde“ meiner Ansicht nach erforderlich war. Dazu zählte für mich die Schaffung einer weiterführenden Schule ebenso wie eine zentrale Kläranlage und die Ansiedlung von Geschäften mit zentraler Bedeutung, ganz abgesehen von einer entsprechenden Gemeindeverwaltung. Gleichwohl durften dabei die kleineren Ortsteile nicht auf der Strecke bleiben.

Schon 1975 ergab sich durch ein Konjunkturprogramm des Bundes günstig ein neues Rathaus mitten in Sehnde zu bauen. Damit waren die Voraussetzungen für eine effektive Gemeindeverwaltung geschaffen. Doch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung meinte es nicht gut mit der Gemeinde.

Bereits Ende der 70er Jahre und in den 80er Jahren entfielen in erheblichem Umfang Arbeitsplätze und die Einwohnerzahl ging zurück. Dagegen galt es anzukämpfen. Dies konnte nur durch eine entsprechende Grundstücksvorsorge und Bauleitplanung geschehen.

Die Aufgabe der Zuckerfabrik war insoweit gleichzeitig eine große Chance, die Entwicklung des Kernortes abzurunden. Auch für Gewerbe konnten Flächen in Höver, Sehnde-Mitte und im Schnedebruch verfügbar gemacht werden. Mit entsprechenden Bebauungsplänen für die Ortsteile wurde dafür gesorgt, dass die Wohnbebauung sich auch dort weiterentwickeln konnte.

Der Bau eines Schulzentrums mit Sporthalle für 17 Mio. DM wurde 1976 beschlossen und durchgeführt. Aber auch danach waren immer wieder Investitionen an den Schulen erforderlich. Zugleich war ein großer Bedarf an Kindertagesstätten entstanden. Dieses Problem hatten auch andere Gemeinden, was dazu führte, dass die Preise stiegen. Wie konnte man dem entgegen? Die Iltener Wohnungsbaugesellschaft sollte dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Schon lange waren Überlegungen angestellt worden, die Gesellschaft mehr als nur zur Verwaltung von Wohnungen zu nutzen. Somit wurde eine Tochtergesellschaft gegründet, die in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Erschließungen vomeh-

men, Kindergarten und andere öffentliche Gebäude bauen konnte - ein Geschäftsmodell, das sogar für andere Kommunen interessant wurde und für unsere Gesellschaft genutzt werden konnte.

Dies alles konnte zunächst nur mit einer erheblichen Kreditaufnahme finanziert werden.

Aber bereits Mitte der 90er Jahre konnte durch eine gute Entwicklung mit dem Abbau der Schulden begonnen werden. Der Zusammenbruch des Klinikums Wahrendorff als größtem Arbeitgeber erbrachte Anfang der 90er Jahre erhebliche Unruhe und viel Arbeit - auch hinter den Kulissen. Zunächst galt es, die vielschichtigen Probleme, die offenbar vorhanden waren, als Ratsherr zu durchschauen. Sollte und wollte das Land Niedersachsen, das über viele Jahre mit dem Klinikum im Streit lag, das Klinikum übernehmen? Eine Aufgabe des Klinikums hätte erhebliche Auswirkungen auf die Kommune gehabt. Nach intensiven Kontakten zu Vertretern des Landes ist zumindest eine Fortführung der Einrichtung möglich geworden.

Die Schaffung einer kommunalen Entlastungsstraße, die Ansiedlung der Justizvollzugsanstalt oder die ständige Erweiterung der zentralen Kläranlage an umweltrelevante Entwicklungen waren sicher die Highlights der vergangenen 40 Jahre. Eine ständige Überprüfung der Entwicklungsmöglichkeiten

und entsprechende Anpassung der Bauleitplanung in allen Ortsteilen hat dazu geführt, dass die Einwohnerzahl Sehndes inzwischen durch den Zuzug junger Familien stark gestiegen ist. Gleichzeitig ist die öffentliche Infrastruktur ausgebaut worden. Das Leben in der Großgemeinde „Stadt Sehnde“ ist damit durchaus lebenswert geworden.

Alfred Lerch

Ehrenbürger der Stadt Sehnde seit 1996

1996 Bürgermeister der Stadt Sehnde

Von 1991 - 1996 1. stellvertretender Bürgermeister

Von 1974 - 2001 im Sehnder Rat

Von 1986 - 1991 Fraktionsvorsitzender der CDU

Bevor der niedersächsische Landtag das „Gesetz zur Neugliederung im Raum Hannover“ beschloss, waren die heute zum Stadtgebiet gehörenden, aber früher Gemeinden aktiv tätig, den Zusammenschluss mit der damaligen Gemeinde Sehnde zu vermeiden. Man hatte große Vorbehalte gegen Sehnde. Die Gemeinden Dolgen, Haimar, Evern, Klein Lobke und Rethmar wollten eine Gemeinde bilden, scheiterten aber an der erforderlichen Mindestanzahl von 10.000 Einwohnern. Die Gemeinden Ilten, Höver und Ahlten wollten sich zusammenschließen, konnten aber ebenfalls die Mindestanzahl nicht vorweisen. Danach wollte die Gemeinde Ilten lieber mit der

Stadt Lehrte eine Einheit bilden, die Gemeinde Müllingen hätte sich die Zugehörigkeit zur Stadt Laatzen gut vorstellen können. Beides wäre jedoch an einer negativen Entscheidung des niedersächsischen Landtages gescheitert. Eine kleine, geräuschlos ablaufende Gebietsreform gab es im Ort Sehnde, indem Klein Bolzum dem Ort Sehnde zugeschlagen wurde.

Die Voraussetzungen zur Verwaltungsreform waren für die neue Einheit Sehnde denkbar schlecht. Die vorher selbständige Gemeinde Sehnde hatte nur eine kleine Verwaltung, es fehlte Büroraum. Erst der Bau des Rathauses schaffte hier Abhilfe. Der Rathausbau fand als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in einem Sanierungsgebiet statt, so dass von den Gesamtkosten in Höhe von 5,4 Mio. DM von der Gemeinde selbst nur Kosten in Höhe von einer Mio. DM zu tragen waren. Ein anderes Problem aus den ersten Tagen der Gebietsreform ergab sich in den Ortsteilen. In der Zeit der Selbständigkeit der Ortsteile wurde oft ehrenamtliche Arbeit geleistet, die mit dem Beginn der Gebietsreform aufgegeben wurde. Als Beispiel sei hier die Pflege der Rasenflächen Ballsport treibender Vereine genannt. Die bisher ehrenamtlich tätigen Platzpfleger wollten nun, wie es wohl im Ort Sehnde üblich war, den Fußballplatz vom Bauhof gemäht bekommen. Der Rat der Stadt Sehnde entschied statt dessen, Zuschüsse für die notwendigen Geräte und eine Pflegepauschale pro m² zu pflegende Fläche zu

zahlen. Damit hat Sehnde viel dazu beigetragen, dass die Vereine durch Eigenleistung Geld in die Kasse bekommen.

Bis zur Wiedervereinigung hat uns die Vergabe von Aufträgen wegen des Zonenrandförderungsgesetzes in den Nachbarkreisen Peine und Hildesheim Probleme bereitet. Öfter durften unsere heimischen Unternehmer den Zuschlag für Bauvorhaben nicht bekommen, obwohl sie etwas günstiger mit ihrem Angebot waren. Das Förderungsgesetz sah für Anbieter aus dem Zonenrandgebiet prozentuale Abschläge auf ihre Angebote vor.

Wohnqualität, Wohnraum und Arbeitsplätze vor Ort waren und sind Aspekte, mit denen sich die Räte seit der Gebietsreform am meisten beschäftigen. So sollte in der Sehnder Mittelstraße eine Fußgänger-Einkaufszone entstehen. Am Anfang und am Ende der Einkaufszone waren je ein Lebensmittelmarkt geplant, dazwischen Geschäfte aller Art. Der Lebensmittelmarkt am Anfang konnte mit dem heutigen EDEKA-Markt realisiert werden. Auf dem Grundstück des ehemaligen Kinos sollte der zweite Markt entstehen. Nur vorübergehend betrieb die Warenhandelsgesellschaft Plus in dem Gebäude einen Lebensmittelmarkt. Der nicht in Sehnde wohnende Grundstückseigentümer war bedauerlicherweise nicht zum Verkauf der Immobilie an die Stadt Sehnde zu überzeugen. Der geplante Markt für das Nordende der Einkaufsstraße kam

deshalb auf die gegenüberliegende Seite der B65 (heute Penny-Markt). Insgesamt muss festgestellt werden, dass nicht alle Ziele, die sich der Rat der Stadt Sehnde im Zusammenhang mit der Einkaufsstraße Mittelstraße gesetzt hatte, erreicht wurden. Die Ansiedlung der Bank, der Neubau des Drogeriemarktes und der schon vor längerer Zeit erfolgte Umbau des Textilgeschäftes lassen aber weiter hoffen.

Der Arbeitsmarkt in der neuen Stadt Sehnde war von Beginn der Gebietsreform an sehr angespannt. Zu Glanzzeiten des Schachtes Friedrichshall waren in Sehnde bei der Kalichemie ca. 1600 Personen beschäftigt, bei K+S in Ilten - Lehrte waren es ebenso viele. Mit der Rationalisierung im Bergbau, die sich z. B. aus dem Einsatz dieselbetriebener Fahrzeuge unter Tage ergab, wurde die Belegschaft bei gesteigerter Produktivität auf 700 Mann reduziert. Die Ziegelei in Sehnde stellte den Betrieb ein und auch die Zuckerfabrik schloss ihre Pforten. Letzteres war für die Sehnder Bevölkerung zugleich ein Glücksfall. Auf dem Gelände der Zuckerfabrik entstanden ein Einkaufszentrum und eine Seniorenresidenz. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen, mussten Gebiete zur Gewerbeansiedlung geschaffen werden. Der Borsigring im Osten Sehendes wurde als Gewerbegebiet ausgewiesen und recht schnell waren die Grundstücke vergriffen. Mit der Schließung des Werkes Friedrichshall war die Ausweisung von Gewerbegebieten und

damit die Schaffung von Arbeitsplätzen noch dringlicher geworden. In Höver hatte die Stadt Sehnde Flächen zur Gewerbeansiedlung erworben. Als erste Schwierigkeiten überwunden waren und unsere Verwaltung nach guter alter Sehnder Manier Flächennutzungsplan und Bebauungsplan gleichzeitig aufgestellt hatte (was der Beschleunigung diene), hat uns die Verwaltung des Großraums Hannover ausgebremst. Sie tat dies in Person einer Dame (sie war vom Adel). Die Sachbearbeiterin sagte ganz unverhohlen, sie wolle an der Stadt Sehnde ein Exempel statuieren. Erst muss der Flächennutzungsplan genehmigt sein, dann kann daraus ein Bebauungsplan entwickelt werden. Damit musste die Stadt Sehnde nicht nur das Projekt 2 Jahre länger finanzieren, sondern das gesamte Projekt geriet zusätzlich in eine bundesweite Phase der wirtschaftlichen Rezession. Als Folge verzögerte sich der Verkauf der Grundstücke zur Gewerbeansiedlung noch mehr. Rat und Verwaltung haben gut miteinander gearbeitet, nicht gegeneinander. Jedes Jahr, wenn der Haushalt beraten wurde, wurde sichtbar, dass ein großer Einnahmeposten aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bestand. Der Rat hat immer nach Bedarf Wohnbauflächen ausgewiesen. Dabei wurde nie vergessen, dass es Kinder gibt, wo junge Menschen bauen, und Kinder Kindergärten und Schulen benötigen. Ich freue mich besonders, dass in Sehnde ein

volles schulisches Angebot bis zur gymnasialen Oberstufe gemacht werden kann. Die Stadt Sehnde hat sich seit der Gebiets- und Verwaltungsreform gut entwickelt, aber nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden kann.

b) Ex-Bürgermeister



Rückblick auf bewegte Zeiten: Die Sehdner Ex-Bürgermeister Bernd Hinkel (von links), Alfred Lerch und Fröder Wälking sowie der amtierende Bürgermeister Carl Jürgen Lehnke unterhalten sich über die Thesen, 40 Jahre nach der Gebietsreform.
Gückel

Man kriegte sich auch mal in die Haare

Feierstunde in KGS-Mensa: Ex-Bürgermeister blicken auf 40 Jahre Gebietsreform zurück

VON ACHIM GÜCKEL

SEHDNE. Am Anfang hatten nur Männer das Sagen. 46 waren es, die im Jahr 1974 den Interessen der neun gegemeinlichen Gemeinde Sehdne bildeten. Keine Frau war dabei. Und später kam es mitunter auch zu schweren politischen Streitchen. An der Wahl des Gemeindefraktions schied sich einst zum Beispiel die Geiten. Man bekam sich in die Haare, das Votum scherte, ein Staatskommissar lenkte vorübergehend die Geschicke der Stadt – bis man sich wieder zusammenraufte.

Das ist nur eine der Geschichten, die am Mittwochabend in der Mensa der Kooperativen Gesamtschule so leben waren. Dorthin

habe Bürgermeister Carl Jürgen Lehnke eine Schar von rund 60 aktiveren und früheren Ratpolitikern Sehdnes sowie Verwaltungsmitarbeiter eingeladen, um an die Gebietsreform vor 40 Jahren und das Einleben der Gemeindefraktions zu erinnern.

Dabei unterhielt sich Lehnke auch mit drei seiner Amtsvorgänger – Fröder Wälking (Eitzbürgermeister von 1981 bis Frühjahr 1986), Alfred Lerch (Fortschrittler bis Herbst 1984) und Bernd Hinkel

Sehdne hat eine bewegende Entwicklung mitgemacht.

Carl Jürgen Lehnke
Bürgermeister

(1991 bis 2001). Wälking erinnerte daran, wie es damals, im September 1975, mit dem Entschlus war, ein Rathaus zu bauen. Überall musste man schnell sein, um Zerschneide aus einem Sonderort der Landes zu bekommen. Anträge und Baubeschneide mussten innerhalb von wenigen Tagen

Lerch ging insbesondere auf die wirtschaftlichen Veränderungen Sehdnes in den vergangenen 40 Jahren ein. Die Schließung der Bergwerke in Sehdne und B-

ten seien sein Schlag ins Konkrete gewesen. Zwischen 1974 und 1987 sank die Bevölkerungszahl Sehdnes um 17%. Menschen auf rund 18.900. Neue Arbeitsplätze mussten her, die größtenteils Anstellung einer Schwarzarbeiterin lieh habe man aber abwehren können.

Bernd Hinkel skizzierte schließlich Sehdnes Wandel vom einseitigen Industrie zum heutigen Wohnort. Das sei ein „amerikaner Umlandprozess“ gewesen, der manchmal schwer geföhren, gleichwohl aber notwendig gewesen sei. Heute leben rund 24.000 Menschen in Sehdne, das seit Jahren einen enormen Zuzug von Menschen erföhrt und sich heute „Wohnortland“ nennt.

IV. Bürgermeister und Gemeinde- und Stadtdirektoren seit 1974

Bis zur Änderung der Gemeindeverfassung, die in Sehdne nach dem Ausscheiden des Stadtdirektors wirksam wurde, führte der (vom Rat gewählte) Ratsvorsitzende die Bezeich-

nung Bürgermeister. Ihm oblag die repräsentative Vertretung der Gemeinde / Stadt. Er war ehrenamtlich tätig.

Verwaltungsleiter war der hauptamtliche Gemeinde- bzw. Stadtdirektor (vom Rat für 6 oder 12 Jahre gewählt).

Amtszeiten der ehrenamtlichen Bürgermeister:

Willi Schaper (SPD) 1974 - 1975 (und von 1952 - 1974

Bürgermeister der ehemals Gemeinde Sehnde)

Manfred Reißland (SPD) 1975 - 1981

Frieder Walkling (CDU) 1981 - 1986

Alfred Lerch (CDU) 1986 (vom 30.01. – 06.11.)

Manfred Reißland (SPD) 1986 - 1991

Bernd Henkel (SPD) 1991 - 2001

Carl Jürgen Lehrke (CDU) 2001 - 2005

Amtszeiten der Gemeinde- bzw. Stadtdirektoren

Theodor Hublitz 1974 – 1980 (und seit 1961 Gemeindegeldirektor der ehemals Gemeinde Sehnde)

Manfred Kotter 1980 – 1993

Dietrich Vollbrecht 1993 – 2005

Hauptamtlicher Bürgermeister

Carl Jürgen Lehrke (CDU)

seit 24.04.2005 direkt gewählter hauptamtlicher Bürgermeister, Verwaltungsleiter und Repräsentant der Stadt.

V. Herausgeber: Stadt Sehnde, Der Bürgermeister

Verantwortlich für Texte und Bilder:

Heindorf, Werner

Jungclaus, Peter

Knauth, Dieter

Lesemann, Otto

Rosengarten, Manfred

Struß, Wolfgang

Vollbrecht, Dietrich

Wattenberg, Jürgen

Diese bis dato umfangreichste Ausgabe der *Zeitreise* wäre nicht zu verwirklichen gewesen, wenn uns nicht außerordentliche Hilfe zuteil geworden wäre.

Wir danken vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die ohne Vorbehalte Einsicht in die Akten der vergangenen Jahrzehnte gewährt haben. Des Weiteren auch Dank für die Überlassung von Räumen und technischen Einrichtungen innerhalb des Rathauses und darüber hinaus, für die stets freundliche und großzügige Aufnahme.

Das Autorenteam

VI. Ausblick

Die Nr. 9 der '*Die Zeitreise*' sollte pünktlich zum 40 jährigem Jubiläum der heutigen Stadt Sehnde vorliegen, aber die Fülle des Stoffes und dessen Aufarbeitung verlangten eben nach etwas mehr Zeit, als wir anfänglich angenommen hatten.

Dafür ist diese Ausgabe zu einer umfassenden Dokumentation der erfreulichen Entwicklung der Stadt Sehnde geworden. Wir bitten deshalb um Nachsicht, denn wir haben feststellen müssen, dass eine derartige umfangreiche Arbeit eben nicht alles gebührend berücksichtigen kann.

Dafür soll nun unter dem Arbeitstitel

Die Kultur in Sehnde und die sie unterstützenden Vereine

'Die Zeitreise 10' in Angriff genommen werden.

Wie immer stehen auf der letzten Seite die Namen der Autoren dieser Zeitreise-Ausgabe. Es sind dieselben, wie beim letzten Mal.

Mit dieser Feststellung möchten wir zwei Aufrufe verbinden:

1. Wir brauchen Unterstützung und neue Aktive für unsere Arbeit!
2. Wir würden uns ganz besonders über weibliche Verstärkung freuen!

Suchen Sie eine ehrenamtliche Herausforderung? Haben Sie Lust und Spaß am Recherchieren und Schreiben? Unser Ziel ist es, möglichst viel über die Geschichte von und in Sehnde für die Leserinnen und Leser und unserer Nachwelt schriftlich nieder zu legen.

Unterstützen Sie uns - wir freuen uns über Ihre Rückmeldung direkt an einen der *Zeitreise* - Autoren oder an die Stadtverwaltung, Herrn Ralf Neumann, Tel.05138707-282.

